

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 19

Berlin, den 1. Oktober 1938

19. Jahrgang

Kampf an der Olsa

Seitdem durch die Nürnberger Rede des Führers vom 12. September d. J. die tschechische Frage in ihrem ganzen Umfange aufgerollt worden war, entschloß sich auch Polen zu einem aktiven Vorgehen in dieser Frage. Polen machte sich, wie das schon seit langem und nicht nur in der tschechischen Frage zu beobachten ist, zum Nutznießer der deutschen Initiative. Es machte Ansprüche geltend, an deren Realisierung aus eigener Kraft es niemals ernstlich zu denken gewagt hatte, die vielmehr durch die Aktivität der deutschen Außenpolitik überhaupt erst diskutabel gemacht worden waren. Vor allem meldete Polen in kategorischer Form seine Ansprüche auf den Teil des Teschener Schlesiens an, der durch den Entscheid der Völkervertragskonferenz vom Jahre 1920 der Tschecho-Slowakei zugeteilt worden war und in dem es eine polnische Minderheit gibt. Dabei war es bezeichnend, daß Polen die Formulierung seiner Forderungen bezüglich der Teschener Frage Schritt für Schritt dem jeweiligen Stande der deutschen Forderungen in der sudetendeutschen Frage anpaßte. Das brachte der „Express Poranny“ mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Als von Autonomie in der Tschecho-Slowakei die Rede war, stellten wir kategorisch fest, daß sie allen Nationalitäten zuerkannt werden müsse, die sie verlangen. Als diese Forderung ausgehört und die Forderung nach Selbstbestimmung erhoben wurde, war es klar, daß nicht nur unter den Deutschen, sondern auch unter den Polen eine Volksabstimmung stattfinden müsse. Jetzt, wo auch die Volksabstimmung unaktuell geworden ist und man den Grundsatz der Abtrennung der Gebiete mit nichttschechischer Mehrheit aufgestellt hat, muß dieser Grundsatz auf alle derartige Gebiete angewandt werden.“

Polnischerseits wurde also die politische Gleichberechtigung für die von Polen besiedelten Gebiete der Tschecho-Slowakei mit den sudetendeutschen Gebieten verlangt. Die Westmächte aber trugen Bedenken, diesen Gleichberechtigungsanspruch anzuerkennen. Das kam in einer vom Warschauer Außenministerium veröffentlichten Erklärung zum Ausdruck, in der es u. a. hieß: „Mit Bedauern ist festzustellen, daß in den Vorschlägen, die nach den Londoner Beratungen Frankreichs und Englands am 18. September gemacht wurden, das Problem der polnischen Forderungen nicht die ihm gebührende Berücksichtigung erfahren hat. Man ist in einer Weise vorgegangen, welche an die unglückseligen Ueberlieferungen früherer Interventionen in der polnisch-tschechischen Frage erinnert.“ Die Westmächte wünschten, indem sie der polnischen Forderung ihre Anerkennung versagten, eine weitere Komplizierung der Lage und eine über die Abtrennung der sudetendeutschen Gebiete hinausgehende Schwächung der Tschecho-Slowakei zu vermeiden. Die polnische Regierung ließ durch ihre Botschafter in Paris und London gegen diese Einstellung Einspruch erheben. In einer an die Prager Regierung gerichteten Note wiederholte sie ihre Forderung, daß der polnischen Bevölkerung in der Tschecho-Slowakei keine schlechtere Behandlung als irgendeiner anderen Volksgruppe zuteil werden dürfe. Zugleich kündigte sie das im Jahre 1925 mit der Tschecho-Slowakei abgeschlossene Minderheitenschutzabkommen mit sofortiger

Wirkung, um jedem Versuch der Prager Regierung vorzubeugen, die Frage der polnischen Volksgruppe in der Tschecho-Slowakei von der der übrigen Nationalitäten zu trennen und sie in einem Schiedsgerichtsverfahren als einfaches Minderheitenproblem, nicht aber als territoriales Problem zu behandeln.

Da diese Vorläufe angesichts der ablehnenden Haltung der Westmächte und der Unzugänglichkeit der Prager Regierung erfolglos verliefen, unternahm die polnische Regierung noch einen anderen Versuch, ihrer Forderung im Rahmen der Mächtebesprechungen über die tschechische Frage Gehör zu verschaffen: Sie wandte sich an den Führer, in der Erwartung, mit dessen Unterstützung das von den Westmächten vertretene Junktim zwischen der polnischen und der sudetendeutschen Frage erreichen zu können, wobei sie wohl von der Annahme ausging, daß ein solches Junktim deutscherseits als eine wirksame Unterstreichung der sudetendeutschen Belange begrüßt werden müsse. Wie sich die Verhältnisse tatsächlich entwickelten, ging später aus der Sportpalastrede des Führers hervor: Der Führer stellte im Laufe der Besprechungen mit Chamberlain wohl die Durchführung einer die ganze Tschecho-Slowakei, also auch das Teschener Schlesien umfassenden Volksabstimmung zur Erwägung. Die Westmächte aber wollten aus den bereits angedeuteten Gründen von einem solchen Plane nichts wissen. Ein Festhalten an dem von polnischer Seite vertretenen Gedanken eines Junktims hätte angesichts dieses Widerstandes der Westmächte nur eine Belastung der deutschen Position zur Folge gehabt. So war in dem Memorandum der Reichsregierung vom 23. September zunächst auch nur von einer Abtretung der sudetendeutschen Gebiete, nicht aber auch von einer Loslösung anderer Volkstumsgebiete von der Prager Herrschaft die Rede. Doch nahm sich das Deutsche Reich, nachdem es gelungen war, die eigenen Forderungen in bezug auf das Sudetenland durchzudrücken, auch der von anderer Seite an Prag gestellten Ansprüche an. Bereits in seiner Sportpalastrede vom 26. September gab der Führer zu erkennen, daß er den tschechischen Staat erst dann zu garantieren bereit sei, wenn Prag sich auch mit den anderen Nationalitäten seines derzeitigen Machtbereiches in friedlicher Weise auseinandergesetzt haben werde. In diesem Sinne wurden dann auch in München am 29. September dem Viermächteabkommen zwei Zusatzabkommen beigelegt, von denen das erste wie folgt lautet: „Die Regierungschefs der vier Mächte erklären, daß das Problem der polnischen und ungarischen Minderheit in der Tschecho-Slowakei, sofern es nicht innerhalb von drei Monaten durch eine Vereinbarung unter den betreffenden Regierungen geregelt wird, den Gegenstand einer weiteren Zusammenkunft der hier anwesenden Regierungschefs der vier Mächte bilden wird.“ Im zweiten Zusatzabkommen erklärten sich das Deutsche Reich und Italien bereit, ihrerseits der Tschecho-Slowakei eine Garantie zu geben, sobald die Frage der polnischen und ungarischen Minderheiten in der Tschecho-Slowakei geregelt sein wird. Demnach war es also schließlich doch noch zu einer grundsätzlichen Anerkennung auch der polnischen Ansprüche durch die Westmächte gekommen.

Daß eine Anerkennung seines Gleichberechtigungsanspruches von den Westmächten zunächst abgelehnt wurde, war für Polen, das mit dem Verständnis seines französischen Bundesgenossen und mit dem Entgegenkommen seines britischen Lehrmeisters gerechnet hatte, eine bittere Enttäufung. Diese machte sich in heftigen, vor allem gegen Frankreich gerichteten Angriffen Luft. Im „Egypfisch Poranny“ und ein paar anderen Blättern wurde sogar (natürlich ganz unverbindlich) die Aufkündigung des Bündnisvertrages mit Frankreich in Erwägung gezogen. Angesichts der durch die Westmächte geschaffenen Situation sah sich Polen gezwungen, die Durchsetzung seines Anspruches mit anderen Mitteln vorzubereiten. In Katowitz wurde ein „Kampfausschuß für die Rechte der Polen in der Tschecho-Slowakei“ ins Leben gerufen. Ein Freiheitskorps wurde gegründet. Im Grenzgebiet an der Olsa wurden die Truppen verstärkt. In dem umstrittenen Gebiet entwickelten sich heftige Kämpfe zwischen polnischen Aufständischen und den Organen der Prager Regierung. Der „Kurjer Poranny“ versicherte, keine Macht könne „die Verschmelzung des polnischen Bodens jenseits der Olsa mit dem Mutterlande verhindern“; der „Egypfisch Poranny“ erklärte, „Polen verlange nichts Fremdes, aber was man ihm geraubt habe, sei es entschlossen, um jeden Preis zurückzugewinnen“; und die Agentur „Sostca“ kündigte an, daß Polen bereit sei, den polnischen Volksgenossen

notfalls mit Gewalt „den Weg in die Heimat zu ebnen“. Nachdem dann, wie erwähnt, zu diesem kriegerischen Vorgehen der Polen dank der deutschen Initiative die grundsätzliche Anerkennung der polnischen Ansprüche durch die Westmächte hinzugetreten war, verzweifelte die Prager Regierung an der Möglichkeit eines weiteren Widerstandes. Sie nahm die in einer Note vom 30. September formulierten polnischen Forderungen an und begann am 1. Oktober mit der Räumung des Teschener Gebietes.

Es ist wohl angebracht, einige Bemerkungen über den polnischen Anspruch auf die von Polen besiedelten Gebietsteile des tschechischen Staates zu machen. Zunächst muß das folgende festgestellt werden. Darüber, wieviel Polen es in den fraglichen Gebieten tatsächlich gibt, gehen die Meinungen weit auseinander. Polnischerseits wird die Zahl der Polen im Teschener Gebiet (und im benachbarten Mährisch-Schrauer Bezirk) mit 200 000, mitunter auch mit 260 000 angegeben. Es muß bemerkt werden, daß für diese Zahlen keine positiven Unterlagen angeführt werden können. Sie müssen von vornherein wenig glaubwürdig erscheinen, wenn man sich der äußerst fragwürdigen Methoden erinnert, deren sich die polnische Propaganda bei der Schätzung der im Deutschen Reich lebenden Polen bedient. Bei der letzten Vorkriegsvolkszählung im Jahre 1910 hat es in dem an die Tschecho-Slowakei gefallenen Teil des Teschener Schlesiens 146 700 Polen gegeben. Im Gefolge des politischen Umsturzes hat sich diese Zahl, wie auch von polnischer Seite zugegeben wird, nicht unbedeutend vermindert. Vor allem muß festgestellt werden, daß von den 145 700 Polen, die 1910 in dem fraglichen Gebiet gezählt worden sind, etwa 46 000 ihren ständigen Wohnsitz außerhalb dieses Gebietes, nämlich in Galizien gehabt haben, daß also ein Drittel des polnischen Bevölkerungsteiles nicht zur einheimischen Bevölkerung des Teschener Gebietes gehört hat! Bei der ersten Nachkriegsvolkszählung im Jahre 1921 sind in dem genannten Gebiet noch 69 300 Polen tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit und 17 600 nichtstaatsangehörige Polen, insgesamt also etwa 86 900 Polen festgestellt worden. Die zweite Nachkriegszählung von 1930 hat im Teschener Gebiet keine wesentliche Verschiebung ergeben: Es sind damals 77 300 Polen tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit und außerdem 6 300 nichtstaatsangehörige Polen, zusammen also etwa 83 600 Polen festgestellt worden. Das ist rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Gebietes.

Es kommt noch folgendes hinzu: Das polnische Nationalbewußtsein im Teschener Schlesien ist eine verhältnismäßig junge Erscheinung. Eine nationalpolnische Bewegung ist dort (ebenso wie eine nationaltschechische Bewegung) erst im Zusammenhang mit der Industrialisierung des Gebietes um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts entstanden. Sie ist von den damals in großer Zahl aus Galizien zuwandernden Polen ins Leben gerufen worden. Diese polnische Zuwanderung hat auch nach dem Kriege noch ange dauert; sie ist erst im Jahre 1929 mit dem Einbruch der allgemeinen Wirtschaftskrise abgestoppt worden. Die alteingesessene Bevölkerung besteht aus Slonzaken. Mit dem Polentum, mit dem sie seit dem 12. Jahrhundert in keinem staatlichen Zusammenhang mehr gestanden hat, ist diese Bevölkerung durch kein gemeinsames geschichtliches Erleben verbunden. Sie spricht eine Sprache, die in mehrere Uebergangsdialekte zerfällt, so daß es unmöglich ist, in diesem Gebiet eine brauchbare Sprachgrenze zwischen Polnisch und Tschechisch zu ziehen. Die slonzakische Bevölkerung ist erst durch das sozial revolutionäre und national chauvinistische polnische Zuwandererelement aus dem Gleichgewicht ihrer stammlichen Besonderheit aufgestört worden. Der volkspolitische Einbruch der Polen (und Tschechen) in das Teschener Schlesien ist einerseits auf Kosten des slonzakischen Elementes, das unter den politischen Einfluß dieser beiden volkspolitisch aggressiven Nachbarn geraten ist, und andererseits auf Kosten des seit 700 Jahren im Lande ansässigen deutschen Bevölkerungselementes gegangen, das seinen früher maßgebenden wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß auf das slonzakische Element weitgehend eingebüßt hat. Die Deutschen bilden mit 30 000 bis 40 000 Seelen eine Bevölkerungsschicht, die es wahrlich nicht verdient hat, daß man sie bei den Betrachtungen über das Schicksal des Teschener Landes einfach unter den Tisch fallen läßt. Vor allem wenn man folgendes bedenkt: Zwischen den Deutschen und Slonzaken hat immer ein freundschaftliches Verhältnis bestanden. Dieses ist auch noch in den Umsturztagen des Jahres 1919 darin zum Ausdruck gekommen,

daß damals von diesen beiden Volksgruppen gemeinsam der Gedanke einer Neutralisierung des Leschener Schlesiens beiderseits der Olsa propagiert worden ist, — ein Gedanke, der wegen des damaligen Fehlens jedes aktiven deutschen Machteinflusses in den ostmitteleuropäischen Territorialfragen allerdings nicht hat realisiert werden können.

Die Volkszählung von 1921 hat etwa 47 300 Elongzaken verzeichnet. Davon haben sich 21 600 zum Polentum bekannt. Diese „polnischen Elongzaken“ sind in der für 1921 angegebenen Zahl der Polen enthalten. Ohne die Elongzaken hätte es im Jahre 1921 im Leschener Schlesien also nur 47 700 Polen tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit gegeben. Bis zum Jahre 1930 haben sich die Verhältnisse hinsichtlich des polnischen Elementes wie folgt verschoben: Bei dieser Zählung haben sich im Leschener Schlesien 10 700 Elongzaken als Polen bekannt. Ohne die Elongzaken hat es damals im Leschener Schlesien also 66 700 Polen tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit gegeben. Das polnische Element stellt im Leschener Gebiet also eine, z. T. sehr schwache zahlenmäßige Minderheit dar. Es ist sehr lehrreich, daraufhin eine in der „Gazeta Polska“ veröffentlichte Karte der Verbreitung des Polentums in dem genannten Gebiet zu prüfen. Auf dieser Karte ist lediglich ein Streifen auf dem linken Olsaufer als Gebiet mit polnischer Mehrheit verzeichnet, während weiter nach Westen längs der Ostrawisa bis zur Oder bei Oderberg das polnische Element unter 20 v. H. der Bevölkerung bleibt. Aber auch in dem als überwiegend polnisch gekennzeichneten Gebietsstreifen, so um die Stadt Leschen herum, erscheinen auf der Karte der „Gazeta Polska“ einige Stellen, wo die Polen nur eine zahlenmäßige Minderheit bilden. Es sind das die Stellen, wo die deutsche Bevölkerung sitzt. Eine sehr lehrreiche Ergänzung zu dieser Karte des polnischen Regierungsblattes hat der „Kurjer Poznański“ am 23. September gebracht. Dieses nationaldemokratische Blatt hat festgestellt, daß bei einer Anwendung des englisch-französischen Planes auf das Leschener Schlesien, demzufolge nur die Gebiete mit einer mindestens 75prozentigen nichttschechischen Mehrheit ohne Abstimmung von der Tschecho-Slowakei abgetreten werden sollten, im ganzen Olsagebiet nur 4 Gemeinden an Polen fallen würden. Denn nur in 4 Gemeinden hätten bei den letzten Gemeindevahlen die Polen eine Dreiviertelmehrheit erhalten.

Es ist in Anbetracht dieser von polnischer Seite selbst bezugten Lage der Nationalitätenverhältnisse nicht ohne weiteres verständlich, wie man polnischerseits Ansprüche auf so große Gebietsteile, wie sie von der polnischen Presse verschiedentlich geäußert worden sind, rechtfertigen will. Es seien nur einige Beispiele erwähnt: Die „Gazeta Polska“ hat, obwohl sie doch selbst die geringe Zahl der Polen kartennäßig dargestellt hat, nicht nur das engere Olsagebiet, sondern auch das Karwiner Kohlenbecken sowie die Städte Oderberg, Mährisch-Ostrow, Freistadt, Jablunkau usw., also wirtschaftlich, verkehrspolitisch und strategisch zweifellos sehr bedeutsame, aber ebenso zweifellos nicht polnische Gebiete für Polen verlangt. Noch weiter sind die „Polska Brojna“, der „Aukrowany Kurjer Godzienny“, die „Polska Zachodnia“ und der „Kurjer Poznański“ gegangen; sie haben die ihnen „gerecht“ dünkende Grenze noch weiter nach Westen verschoben und nicht nur die Stadt Mährisch-Ostrow, sondern den ganzen Industriebezirk bis zur Oder verlangt. Wenn polnischerseits so weitgehende Gebietsforderungen erhoben werden, dann finden sie in den tatsächlichen Nationalitätenverhältnissen zwar keine Stütze; sie gründen sich aber auf die Hoffnung, daß sich angesichts des tschechischen Zusammenbruchs und der schlechten Erfahrungen mit der tschechischen Herrschaft auch die nichtpolnischen Bevölkerungsteile bei einer Abstimmung für Polen als das zur Zeit kleinere Uebel aussprechen werden. In einem völkischen Mischgebiet, in dem Deutsche, Polen, Tschechen und Elongzaken nebeneinander stehen, kann eine Volksabstimmung, die unter der Parole: „Polen oder Tschecho-Slowakei“ durchgeführt wird, kein Bild der nationalen Zugehörigkeit der Bevölkerung ergeben. Uebrigens ist es interessant, zu beobachten, wie von einem Teil der polnischen Presse die Vertretung polnischer Gebietsansprüche unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker als eine für Polen

nicht ungefährliche Methode abgelehnt worden ist. So hat der „Kurier Polsti“ unter deutlicher Anspielung auf die über 6 Millionen Ukrainer in Polen der nicht unberechtigten Befürchtung Ausdruck gegeben, daß das Selbstbestimmungsrecht, das von Polen jetzt für das Lechener Schlesien gefordert werde, eine Waffe sei, die sich einmal gegen Polen selbst wenden könne. Das Blatt ist also der Meinung gewesen, daß es für einen, der im Glashauss sitzt, nicht ratsam ist, mit Steinen zu werfen.

Selbstbestimmung für die Karpathenukraine

Der „Ukrainian Press Service“ in Newyork hat in diesen Tagen in deutscher Sprache eine Schrift unter dem Titel „Karpathen-Ukraine“ (57 Seiten) herausgebracht, in der das wirtschaftsgeographische und soziale Bild und die strategische Lage der Karpathenukraine sowie die Forderung der Karpathenukraine nach Selbstbestimmung behandelt werden. Die Schrift ist gerade im gegenwärtigen Augenblick sehr aktuell, da mit der Ausgliederung der nichttschechischen Gebiete aus dem Prager Machtssystem auch für die Karpathenukraine der Augenblick einer Neuordnung gekommen scheint. Fest steht, daß die Karpathenukraine in ihrer gegenwärtigen, von den Tschechen geschaffenen Lage ein unlösliches Problem darstellt. In welcher Weise es gelöst wird, ist eine Frage, die vorwiegend binnen kurzem beantwortet werden wird. Daß in einem solchen Augenblick die Ukrainer selbst, die diese Frage ja in allererster Linie interessiert, mit ihren Plänen und Forderungen auf den Plan treten, ist nur verständlich. Ebenso natürlich ist es, daß die Hauptforderung, die sie zu stellen haben, die ist, daß die Karpathenukraine nicht zu einem Objekt der anderen Mächte gemacht werde. Man kann den in der genannten Schrift geäußerten Gedanken nicht grundsätzlich ablehnen, daß es eine Forderung der Gerechtigkeit ist, daß einem Volk von über 40 Millionen, dessen Volksboden heute unter vier Staaten, die Sowjetunion, Polen, Rumänien und die Tschecho-Slowakei, aufgeteilt ist, eine staatliche Heimstätte und eine Zelle eigener Staatlichkeit gegeben wird. Im Folgenden sei aus der Schrift ein Ausschnitt, in dem zu dieser Forderung Stellung genommen wird, wiedergegeben, ohne daß zu der Frage der Kräfte, die hinter dieser Forderung stehen und für ihre Realisierung eingesetzt werden können, Stellung genommen werden soll.

Die Karpathenukraine ist jetzt sehr wachsam geworden. Die weiten Kreise der nationalbewußten Karpathenukrainer, durch bittere Erfahrungen belehrt, verfolgen aufmerksam das Spiel der Agenturen fremder Mächte in der Karpathenukraine, die bereit wären, ungarischen oder polnischen Bajonetten ihr Land zu öffnen und ihren Brüdern, anstatt der tschechischen, andere neue Ketten anzulegen. . . Die Karpathenukrainer sind sich heute bewußt, daß das politische Problem der Karpathenukraine nicht von den gemeinsamen Idealen und dem Streben der 45 Millionen zählenden ukrainischen Nation losgelöst werden kann. Die Zukunft der Karpathenukrainer liegt im Rahmen der Zukunft der ganzen Ukraine. Jetzt heißt es also, sich in die weitgezogene Front der allukrainischen Befreiungsaktion einzureihen und sich restlos für den Kampf um die Freiheit einzusetzen.

Zürs erste wurde die Schaffung einer eigenen politischen Macht ins Auge gefaßt, und zwar als Gegengewicht gegen die in der Karpathenukraine wirkenden Agenturen von Prag, Moskau, Budapest und Warschau. Diesen Agenten ist der entscheidendste Kampf angekündigt worden im Namen der eigenen großen und hineinreichenden Idee, im Namen der revolutionären Ideale, die zum Kampf für einen selbständigen allukrainischen Staat aufrufen, die über alles Alltägliche hinweggehen und das erhabene Gefühl einer hohen, heute zu erfüllenden Sendung den Menschen verleihen. Das nationale Selbstbewußtsein der Karpathenukrainer ist seit dem Krieg und hauptsächlich seit den Jahren 1929/30 unermesslich stark gewachsen. In der Karpathenukraine ist die Tradition ihrer „Volksradas“ und der allgemeinen Volksabstimmungen von 1918/19 lebendig, die Tradition der bewaffneten Aktion, und es sind auch solche revolutionären Laten aufzuweisen, wie z. B. der symbolische Schuß auf den Renegatenführer der Karpathenukraine, Esjacobov, der von dem Studenten Łazyniezj im Jahre 1930 abgefeuert wurde. Sie hat, von 1929 an, große nationale Bauern-, Jugend- und Studentenkundgebungen und in den letzten Jahren

organisationsfähig immer bedeutendere Erfolge aufzuweisen, die heute der Karpathenukraine das Gefühl ihrer eigenen Kraft verleihen. . .

Früher oder später wird die Lage sich völlig verändern. Die Karpathenukraine denkt nicht daran, sich passiv zu verhalten, bis sich die Situation zu ihrem Schaden und nicht zu ihren Gunsten verändert hat. Keinesfalls kann sie zugeben, daß Prag auf ihre Kosten sein Schäßchen ins Trockene bringt. . . Die Karpathenukraine behauptet ebenfalls ihren Platz in der antitschechischen Front neben den anderen Nationen der Tschecho-Slowakei. Und das nicht nur aus Sympathie für diese Nationen, sondern vor allem aus den Lebensinteressen dieses Landes heraus. Wenn die Karpathenukraine heute nicht begonnen hätte, ihren eigenen nationalen Willen energisch zu demonstrieren, so könnte sie in der nächsten Zukunft leicht ungarisch-polnischen Kombinationen zum Opfer fallen oder aber auch alle Ausichten auf eine wirkliche Autonomie und dazu sogar das, was sie heute besitzt, verlieren. Denn wenn die Tschechen z. B. nur das sudetendeutsche Land verlieren, so wird die Karpathenukraine für sie von doppelter Wichtigkeit werden. Allen diesen fremden Tendenzen entgegen aber stellt sich die Karpathenukraine folgende Aufgaben: Sie übernimmt die große, historisch wichtige Sendung, ein Ausgangspunkt der ukrainischen Staatlichkeit zu werden! Hier soll die große nationale Aktion der Hilfe für die Oslukrainer in ihrem Kampf mit dem Bolschewismus ihren Stützpunkt finden!

Diese Idee ist von solcher Größe, von solcher Höhe und Kraft, daß sie in mächtigem Anlauf viele Tausende neuer aktiver Kämpfer mitreißt und die verblendeten Gegner der nationalen Idee, die sich von den tschechischen Versprechungen betören ließen, zerschmettert. Die Frage des Sudetendeutschturns ist in ihrem Endergebnis gelöst: die Sudetendeutschen werden ins Reich heimkehren. . . Dieser Tag wird die ganze Tschecho-Slowakei aufrütteln und den tschechischen nationalen Gedanken vor eine historisch wichtige Entscheidung stellen. In diesem entscheidenden Augenblick wird auch die Karpathenukraine mit ihren Zielen vortreten und für diese aktiv eintreten. Statt der heutigen Tschecho-Slowakei werden dreigang selbständige Staaten entstehen: die Tschechei, die Slowakei und die Karpathenukraine. Wenn Luxemburg, Andorra und Liechtenstein seit längerer Zeit bestehen, weshalb sollte sich ein karpathenukrainischer Staat — für einige Zeit, bis er sich mit einem freien Kiew vereinigen kann, — nicht bewähren? Die Tschechei aber und die Slowakei können dann auch weiterhin bestehen. Die selbständigen Staaten, die Tschechei, die Slowakei und die Karpathenukraine, können ein der Lage entsprechendes Verhältnis zu einander eingehen. Ihre Unabhängigkeit wird zwischenstaatlich garantiert. Ungarn werden die ethnographischen Streifen der heutigen Tschecho-Slowakei mit vorwiegend ungarischer Bevölkerung zugute kommen.

Die durch keine Zensur gehemmte ukrainische Presse in Amerika hat auf diese Entwicklung schon seit langem hingewiesen. Sie hat dabei besonders betont, daß jede Lösung des Problems der Karpathenukraine ein ungarisches oder polnisches Sinne, d. h. eine neue Okkupation durch einen dieser Staaten,

nihi. h. r. L. i. l. v. a. d. g. P. L. h. b. s. i. p. m. n. a. a. g. r. b. e. a. r. . . l. y. d. a. c. a. e. i. r. . .
neue Vergewaltigung der Ukrainer bilden würde. Die Schaffung einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze würde nicht nur eine Störung der Ordnung in Mitteleuropa, sondern vor allem die Bildung eines neuen Unruheherdes in den Karpathenländern mit sich bringen. Sie (die ukrainische Presse in Amerika) erinnert auch daran, daß Polen, wenn es bei der Liquidierung der Tschecho-Slowakei für seine dort lebenden etwa 80 000 Landsleute Loslösung oder Autonomie verlangt, bei dieser Gelegenheit zuerst einmal seiner eigenen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den heute in Polen lebenden 7 Millionen Ukrainern nachkommen müsse.

Eine Lösung des tschechisch-slowakischen Problems auf Grund einer in allen Ländern des bisherigen tschecho-slowakischen Staates durchgeführten Volksabstimmung wird den Beginn einer neuen Zeit im Leben der durch die Nachkriegsverträge unterdrückten Nationen bedeuten. Und gerade in dem verhältnismäßig kleinen südwestlichen Siedlungsgebiet der Ukrainer wird die Schaffung eines unabhängigen Staatswesens (und nicht die Ubergabe dieses Landes an einen anderen Okkupanten) der beste Beweis für die Achtung zu jedem Volkstum sein. Die Karpathenukraine steht vor entscheidenden Tagen ihrer Geschichte. Sie hat ihre Pflichten gegenüber der

ganzen Ukraine in dieser schicksalsschweren Stunde erkannt. Die staatlich gereiften Kräfte in den übrigen Teilen der Ukraine werden sie moralisch unterstützen, so besonders die nationalbewußten ukrainischen Emigranten in Amerika.

Die Karpathenukrainer verlangten jahrelang die Rechte, die von Masaryk in Amerika und vom internationalen Vertrag von Saint Germain garantiert worden sind, sowie die Annullierung aller späteren Beschränkungen dieser Rechte. Es wurde vor allem die Liquidierung jeglicher Tschechisierung (Behörden, Schulen usw.) und Hebung der sozialen Lage der Massen durch entsprechende Bodenreformen verlangt. Man war stets gegen das Bündnis Prags mit Moskau. Man verfaß in der Ukraine nie die die Worte Masaryks, die er im Jahre 1920 an den Abgesandten des sowjetischen Roten Kreuzes Gillerison richtete: „Ich betrachte Karpathenuthenien“, so erklärte Masaryk ausdrücklich, „als ein der Tschecho-Slowakei von Rußland anvertrautes Pfand, das wir Rußland bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zurückgeben werden. Das erkläre ich ganz offiziell in meiner Eigenschaft als Präsident der Republik. Ich ermächtige Sie, Ihrer Regierung in Moskau darüber zu berichten. . .“ Man verlangte jahrelang, daß die Tschechen mit der Begünstigung der russischen Emigranten und der künstlich gezüchteten moskophilen Parteien in der Karpathenukraine aufhören. Man wartete 18 Jahre, wann endlich der karpathenukrainische Sejm zusammenzutreten werde. Die Tschechen beraubten die autonome Karpathenukraine ihrer Domänen und Bergwerke. Die Protektion der jüdischen Schmarotzer war ständig eine der Hauptaufgaben Prags in der Karpathenukraine. Schließlich wurde eine so wichtige Angelegenheit, wie der Anschluß des ukrainischen Territoriums in der heutigen Slowakei an die Karpathenukraine nicht geregelt.

Wenn die Tschechen der Karpathenukraine keine Rechte einräumen wollten, solange diese Forderungen minimal waren, so ist es ihre Schuld, wenn jetzt der Kampf um die Selbstbestimmung der Karpathenukraine geführt wird. Die Karpathenukraine wird alles daransetzen, sie wied vor dem „Zorn“ der „slawischen Brüder“, der Tschechen und Slowaken, nicht zurückschrecken. Die Karpathenukraine wird bald so viel politische Energie zu entfalten wissen, daß Prag und die ganze Welt gezwungen sein werden, sie zu respektieren. Mit Deklarationen, Resolutionen und Zeitungsartikeln ist nicht viel erreicht. Jetzt ist es an der Zeit, andere Maßnahmen zu ergreifen. Aussicht auf Erfolg haben jetzt nur die eigene Kraft, die Tat und das entscheidende Wort der Massen. Die Karpathenukraine kämpft um das Selbstbestimmungsrecht für sich! Hinter ihr steht in diesem Kampf geschlossen das ganze ukrainische Volk!

Die Verelendung Sudetendeutschlands

Die Befreiung des sudetendeutschen Gebiets von der Prager Gewaltherrschaft wird auch den seit zwanzig Jahren mit Erbitterung geführten Kampf des Sudetendeutschturns um seine wirtschaftliche Substanz abschließen und der systematischen Ausbeutung der sudetendeutschen Wirtschaft ein Ende bereiten. Die Einengung des deutschen Lebensraums in der tschecho-slowakischen Republik ist bis zur Unerträglichkeit und höchsten Gefahr angewachsen, und Not und Unterdrückung der wecktätigen Bevölkerung des Sudetenraums haben einen Grad erreicht, von dem sich der Abseitslehende keine Vorstellung machen kann. Nur spärlich sind die verzweifelten Hilferufe der von chronischer Massenarbeitslosigkeit heimgesuchten sudetendeutschen Gebiete in der Welt vernommen worden. Die führenden Kreise der westlichen „Demokratien“ haben ihren Völkern die Wahrheit über das grauenvolle Elend, das mit der tschechischen Fremdherrschaft über die sudetendeutschen Gebiete hereinbrach, systematisch verschwiegen. Nicht nur das! Sie haben dieser Verelendung selber nach Kräften Vorschub geleistet; sie haben Prag die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, deren es zur Durchführung seiner zerstörenden Wirtschaftspolitik in den sudetendeutschen Gebieten bedurfte! Sie haben sich moralisch zu Mitschuldigen und wirtschaftlich zu Interessenten am Elend der Sudetendeutschen gemacht.

Der Ausspruch des früheren tschechischen Handelsministers Stranšky: „Es gilt, den Vorprung, den die deutsche Wirtschaft in der Republik der tschechischen Wirtschaft gegenüber besitzt, auszugleichen!“ ist noch in frischer Erinnerung. Unvergessen bleibt auch die Auslassung des ersten tschechischen Finanzministers, der seinerzeit nicht umsonst erklärt hat: „Unsere Industrie wird nicht zugrunde gehen — nur eine Anzahl Industrieller!“ Es ist längst klar, daß er damit die sudetendeutschen Industriellen gemeint hat. Seit 20 Jahren hat nicht eine einzige Prager Regierung den Weitblick aufgebracht, die sudetendeutschen Produktionskräfte im Rahmen einer konstruktiven Aufbaupolitik entsprechend auszuwerten. Obwohl das fiskale Interesse eindringlich für eine Beseitigung der Dauerdepression im Sudetenland sprach, (dieses Land ist noch bis in die jüngste Zeit die ergiebigste Steuerquelle gewesen!), wurde von verantwortlicher tschechischer Seite mit gebühertem Bedauern die unsinnige Behauptung aufgestellt, das sudetendeutsche Industriegebiet sei „überdimensioniert“ und müsse „bereinigt“ werden, — je eher um so besser. Hinter dieser wirtschaftsschädlichen Hypothese stand aber nichts anderes, als der politische Wille, das Sudetendeutschtum durch ein kalt berechnetes System von Diskriminierung aus dem Produktionsprozeß auszuschalten und die durch wirtschaftliches Elend und hoffnungslose Erwerbslosigkeit mürbe gemachte Menschen zur Aufgabe ihres Volkstums oder zum Verlassen des Landes zu zwingen. Diesem rein politischen Wirtschaftsdenkmal lag die Auffassung zugrunde, daß es die „vornehmste Aufgabe“ der tschechischen Wirtschaftspolitik sei, die im Sudetenland aufgehäufte Wirtschaftssubstanz neu zu verteilen. Diese „Neuverteilung“ wurde z. B. durch zweckbewußte Standortverlegungen von Industriebetrieben in die Wirklichkeit umgesetzt, in der Regel dadurch, daß im Sudetengebiet arbeitende Fabriken stillgelegt und abgebrochen und neue Industriebauten im Innern des Landes, im tschechischen Siedlungsgebiet aufgeführt wurden, mit dem Ergebnis, das alljährlich Zehntausende deutscher Arbeiter und Angestellten brotlos wurden und ihrem Schicksal einfach überlassen wurden, während bei ähnlichen Maßnahmen in den von tschechischer Bevölkerung besiedelten Landstrichen Vorsorge getroffen wurde, daß den freigewordenen tschechischen Arbeitskräften sogleich andere Arbeitsplätze zugewiesen wurden. Die Schädigung der sudetendeutschen Industriestellung auf dem Wege der Standortverlegung und Entnationalisierung der einzelnen Erzeugungszweige erfolgte (was vermerkt zu werden verdient) mit ausgiebiger Kapitalhilfe des Auslandes. Ohne diese wäre die kapitalarme Tschecho-Slowakei nicht in der Lage gewesen, diesen kostspieligen und unproduktiven Industrieumbau in so großem Umfange und mit solcher Schnelligkeit durchzuführen.

Am stärksten von diesen Maßnahmen betroffen wurden die deutsche Urproduktion und die Schwerindustrie. Daß die unmittelbare Kriegsindustrie gleich in den ersten Nachkriegsjahren in tschechische oder französische Hände hinüberwechselte, darf nicht weiter wundernehmen. Aber auch zahlreiche andere Industriezweige, soweit sie irgendwie als Belieferer von Kriegwerkstätten in Betracht kamen, wie Erz- und Kohlengruben, Hütten, Stahl-, Waggon-, Maschinenfabriken und sonstige metallverarbeitende Betriebe unterlagen der „Nationalisierung“. Beispielsweise war die Verlegung der Rothau-Neudecker Eisenerwerke nach Karlschütze, für die absolut keine zwingenden Gründe wirtschaftlicher Art vorlagen, gleichbedeutend mit der dauernden Verelendung von tausenden deutscher Arbeiterfamilien im westlichen Erzgebirge. Um sich ein ungefähres Bild von dem Umfang dieser Industrieverlagerungen zu machen, mag angeführt werden, daß allein im Juli 1938 2300 deutsche Arbeiter durch die Verlegung der Theresientaler Kunstseidenfabrik, der Textil-Compagnie, der Nešowitzer Zuckerraffinerie und der Maschinenfabrik in Böhmisches Krumau in die Nähe von Prag ihre Arbeitsstätten verloren. Einen herben Schlag hatte die deutsche Arbeiterbevölkerung in Krumau kurz vorher schon durch die Stilllegung der dortigen Papierfabrik Spiro und deren Verlegung nach Prag erlitten. Damit aber nicht etwa sudetendeutsche Initiative die leer gewordenen Fabrikhallen zur Einrichtung neuer Gewerbe ausnutzten, verkaufte man sie entweder auf Abbruch oder baute sie zu nordürftigen Wohnungen und Lagerräumen um. So hinterließ überall, wo deutscher Fleiß in mühsollem, generationenlangem Wirken Werkstätten und Wohlstand geschaffen hatte, der politische Vernichtungswille der Tschechen tiefe Spuren in der bodenständigen Wirtschaft des Sudetenlandes.

Unterstützt wurde das Zerstörungswerk durch einen systematischen Boykott judenteutscher Erzeugnisse, der von chauvinistischen tschechischen Verbänden organisiert und radikal durchgeführt wurde. Jeder Käufer deutscher Waren wurde von diesen die öffentliche Meinung beherrschenden Verbänden zum „Staatsverräter“ gestempelt. Die Vergabe staatlicher und kommunaler Aufträge wurde davon abhängig gemacht, daß sich das um solche Lieferungen bemühende Unternehmen ganz oder maßgebend in tschechischem Besitz oder unter tschechischer Kontrolle befand oder, wo das noch nicht der Fall war, tschechische Arbeiter einstellte und deutsche Arbeiter entließ. Wie sich alle diese wirtschaftlichen Benachteiligungen und Schädigungen der sudetendeutschen Wirtschaft auswirkten, dafür zeugen auch Berichte fremder Beobachter, die, leider sehr verspätet, in der Presse des Auslandes erschienen. So wies im Amsterdamer „Dagblad“ ein seit 25 Jahren in Reichenberg ansässiger Holländer auf die jahrzehntelange wirtschaftliche Unterdrückung der Sudetendeutschen durch tschechische Verwaltungsmassnahmen hin. Die tschechische Regierung habe bemerkt in all den Jahren — so heißt es in diesem Bericht — nichts zur Behebung der Arbeitslosigkeit und der furchtbaren sozialen Not im sudetendeutschen Gebiete getan. Es sei eine noch nicht genügend bekannte Tatsache, daß fast alle deutschen Arbeiterkinder in der tschecho-slowakischen Republik unterernährt seien. In diesem Zusammenhang wurde vom „Dagblad“ ein in seinem Journalismus geradezu unerreichter Ausspruch des Generalsekretärs des Tschechischen Roten Kreuzes angeführt: Als die Schwedin Frau Professor Linder, die im Jahre 1938 die soziale Lage des Sudetendeutchtums an Ort und Stelle untersuchte, diesen tschechischen Vertreter auf das furchtbare Elend im sudetendeutschen Gebiet hinwies, hatte dieser die Stirn zu entgegnen: „Hiergegen ist nichts zu machen! Die Tschecho-Slowakei ist ein kleines Land und kann daher nicht alle seine Einwohner ernähren. Wenn man allen helfen wollte, würde das ganze Land verarmen. Ein Teil der Bevölkerung muß daher verhungern, damit die Mehrheit am Leben bleibt“. Unter solchen Umständen, so schloß der Bericht des Amsterdamer Blattes, dürfe es niemanden mehr wundernehmen, wenn heute im ganzen Sudetendeutschland nur ein Ruf ertönt: Wir wollen heim ins Reich!

Als die Westmächte nach dem Kriege den tschechischen Machthabern aus der zertrümmerten österreichischen Monarchie ein Land übergaben, reich an Bodenschätzen aller Art, dicht mit blühenden Städten und Dörfern besetzt, von zahlreichen Straßen und Eisenbahnen durchzogen und mit einer hochstehenden Land- und Forstwirtschaft ausgestattet, da übernahmen sie zugleich auch die sittliche und moralische Pflicht, dieses Land und seine deutschen Menschen vor dem tschechischen Machttausch und Machtwahn zu schützen. Es wäre ihnen ein Leichtes gewesen, ein vernünftiges Verhalten des tschechischen Staates gegenüber den ihnen zum Geschenk dargebrachten fremden Landesteilen mit nichttschechischer Bevölkerung durch Kreditrestriktionen zu erzwingen. Denn dieses neue, unnatürliche Staatsgebilde war weitestgehend auf internationale Kapitalhilfe angewiesen. Niemals indessen wurde von den großen westlichen „Demokratien“ ein Druck in dieser Richtung ausgeübt. Im Gegenteil: Daß Frankreich an der finanziellen Stützung des Prager Systems in starkem Maße mitwirkte, ist hinlänglich bekannt. Weniger bekannt ist dagegen, in welchem Umfange englisches Kapital durch Herabführung von Zweckanleihen sich zum Mitschuldigen an der Heraufbeschwörung der derzeitigen Zustände machte. Schon in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg bevorzugte der Londoner Anleihemacht aus politischen Gründen die von den Alliierten geschaffenen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, darunter vor allem die Tschecho-Slowakei. Die erste englische Stützungsanleihe erhielt dieser Staat in zwei Emissionen von 3,3 und 2,05 Millionen Pfund im Jahre 1922. Diese Anleihe ist bei einer Verzinsung von 8 v. H. bis 1952 rückzahlbar; gegenwärtig befinden sich noch 4,16 Millionen Pfund von dieser Anleihe im Umlauf. Aus der Hingabe einer anderen englischen Anleihe, der sogenannten „Reparationsanleihe“ steht England weitere 400 000 Pfund zu. Im Jahre 1922 erhielt auch die Stadt Prag eine englische Anleihe in Höhe von 1,5 Millionen Pfund, die ebenfalls erst teilweise amortisiert ist. Bedeutende englische Mittel flossen ferner der tschechischen Schwerindustrie und Zuckerwirtschaft zu. Die Skoda-Werke erhielten allein drei Anleihen, und zwar einen langfristigen Kredit von 1 Million Pfund durch die „British and Allied Investment Corporation“ im Jahre 1923, einen weiteren

Kredit in Höhe von 1,5 Millionen Pfund von der gleichen Finanzierungsgesellschaft im Jahre 1926, sowie eine dritte Anleihe von 5 Millionen Pfund im Jahre 1930 durch ein englisch-französisches Konsortium, wobei die Hälfte der Summe auf die englische Krone entfiel. Im letzten Jahreshaushalt machte die Durchdringung der tschechischen Industrie mit englischem Kapital weitere Fortschritte. Mit englisch-jüdischem Kapital wurde ein Großteil der deutschen Industrieunternehmungen ausgekauft und in tschechischen bzw. in nationalgemischten Besitz übergeführt. Die genaue Höhe der zweifellos sehr bedeutenden englischen Kapitalinvestitionen in der Tschecho-Slowakei wird der Öffentlichkeit aus bestimmten Gründen nicht bekannt gegeben; sie läßt sich auch auf dem Umwege über die tschecho-slowakische Zahlungsbilanz nicht errechnen, weil letztere eine ländermäßige Aufgliederung des Schuldendienstes nicht kennt.

Bekannt ist lediglich, daß der tschechische Auslandsschuldendienst jährlich etwa 475 Millionen Kc. ausmacht, wovon auf Staat und Selbstverwaltung 50 Millionen Kc. entfallen. Daß fast der ganze Betrag für Zinszahlungen und Amortisationen nach England und Frankreich transferiert wird, dürfte keine Fehlannahme sein. Die enge kapitalmäßige Verbundenheit der Tschecho-Slowakei mit England geht daneben auch aus den tschechischen Währungsmanipulationen der letzten Jahre hervor. Sie bezweckten eine Annäherung der tschechischen Krone an das englische Pfund, die eine der Voraussetzungen für die Intensivierung der englisch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen bildete. Zu einem direkten Anschluß der Tschecho-Slowakei an den Sterlingblock kam es zwar nicht, doch stand die letzte Abwertung der Tschechekrone im Oktober 1938 in unmittelbarem Zusammenhang mit dem seinerzeit so laut manifestierten Abschluß des englisch-amerikanisch-französischen Währungsabkommens. Ähnlich wie nach dem Anschluß der Ostmark drücken auch jetzt wieder die englischen Finanzkreise schwere Sorgen, von wem und auf welche Weise die Rückzahlung der politischen Anleihe aus einer amputierten Tschecho-Slowakei bewirkt würden, wo gleichzeitig so entschiedene Wiedergutmachungsforderungen des Sudetendeutchtums für die erlittenen Schäden gestellt werden.

Die Wiedergutmachungsforderung der Sudetendeutschen erstreckt sich naturgemäß auch auf die tschechische Enteignungspolitik gegenüber sudetendeutschem Landbesitz. Schon am 18. April 1919 wurde durch das tschechische Gesetz über die Bodenbeschlagnahme der umfassende Raub deutschen Agrar- und Waldbesitzes eingeleitet. Im sudetendeutschen Grenzgebiet wurden nicht weniger als 750 000 Hektar deutschen Bodens enteignet. Soweit es sich um Forsten handelte, ging er in tschechischen Staatsbesitz über; aus dem deutschen Ackerland wurden tschechische Kolonisten angeführt. Zu Zehntausenden verloren auf diese Weise deutsche Angestellte und Arbeiter der Güter- und Waldreviere ihre Existenz, und an ihre Stelle zogen Tschechen in unaufhaltbarem Strom in das deutsche Siedlungsgebiet ein, von Beamten, Lehrern, Polizei, Handwerkern und Gefinde begleitet. Die Zuwanderung von Tschechen in sudetendeutsches Gebiet seit 1918 kann auf etwa 130 000 Köpfe veranschlagt werden. Nunmehr hat die Massenabwanderung der tschechischen Eindringlinge und der tschechischen Wirtschaftsunternehmen aus dem sudetendeutschen Gebiet nach dem Innern des Landes eingesetzt. Der Umfang dieser Abwanderung läßt sich noch nicht absehen. Sie zielt aber beruht darauf ab, noch rechtzeitig Kapitalien und Wirtschaftseinrichtungen aus dem deutschen Gebiet herauszuziehen und in das tschechische Innere zu schaffen. Die wenig krisenfesten sudetendeutschen Gebiete können eine solche tschechische Exploitation nicht länger ertragen. Der dringende Ruf der 3½ Millionen Sudetendeutschen: „Heim ins Reich!“ ist daher nicht nur ein politischer, sondern ebenso sehr ein wirtschaftlicher Notshrei gewesen.

Ob wir leben oder sterben ist Nebensache. Daß die nach uns Kommenden bessere Zeiten finden — das ist unsere Aufgabe und unsere Sendung.

Ronald Henlein

Die tschecho-slowakische Armee

Die tschecho-slowakische Armee hat aufgehört zu bestehen. Sie ist bei der ersten Belastungsprobe, der sie ausgesetzt wurde, auseinandergefallen. Sie ist an der völkischen Buntscheckigkeit des Staates, zu dessen Verteidigung sie bestimmt war, zugrunde gegangen. Ein Vergleich mit der k. u. k. Armee liegt nahe, ist aber völlig verfehlt. Zwar haben auch in den Reihen der k. u. k. Armee die verschiedensten Völker gestanden, zwischen denen z. T. eine offene politische Feindschaft bestand. Doch hat es in dieser Armee zwei Momente gegeben, durch die sie sich grundsätzlich von ihrer tschecho-slowakischen „Nachfolgerin“ unterschied. 1. Die k. u. k. Armee hat auf eine mehrhundertjährige ehrenvolle Tradition zurückblicken können. Der tschecho-slowakischen Armee aber hat diese für den Kampfgeist der Truppe wichtige Grundlage gefehlt. Ihre Schöpfer haben zwar aus den Abenteuern der tschechischen Legionäre diese fehlende Tradition zu konstruieren versucht; aber sie sind bei diesem Versuch an der militärischen Kläglichkeit und an der moralischen Minderwertigkeit ihres Objektes gescheitert. Es kommt hinzu, daß diese Armee bei der ersten Bewährungsprobe, die sie im Jahre 1910 im Kriege mit Ungarn abzulegen hatte, völlig verjagt hat. Nicht die tschechische Armee, die trotz italienisch-französischer Führung vor der ungarischen Offensivwelle zerfiel, sondern der Machtpruch der Westmächte, dem sich das kämpfende Ungarn beugen mußte, hat damals die Slowakei und die Karpathenultraie für die Tschechen gerettet. 2. Das Rückgrat der k. u. k. Armee haben die Deutschen der Alpen- und Sudetenländer gebildet, die ihre soldatische Eignung und ihre wechshafte Gesinnung durch die unerhört schweren Blutopfer, die sie im Weltkrieg gebracht haben, unter Beweis gestellt und die aus den Angehörigen zwölf verschiedener Nationen zusammengesetzte Armee zu Leistungen befähigt haben, für die angesichts der klaffenden völkischen Gegensätze innerhalb der Doppelmonarchie schon längst jede politische Voraussetzung fehlte. Zur Ausübung einer entsprechenden zusammenhaltenden Kraft sind die Tschechen innerhalb der tschecho-slowakischen Armee nicht fähig gewesen. Sie haben in der k. u. k. Armee einst das zersetzende Element gebildet. Kriegsdienstverweigerung hat ihnen als nationale Legende gegolten. Sie sind in Massen zum Feind desertiert. Sie haben jahzehntelang unter der Wirkung einer negativen Propaganda gestanden, die darauf abgestellt war, in ihnen jede wechshafte Gesinnung zu unterdrücken. Auf diese Weise moralisch belastet, haben sie dann den Aufbau einer Armee in Angriff genommen, in der sie, die Kriegsdienstverweigerer von gestern, das Staatsoberhaupt verkörpernde und die verschiedenen Nationalitäten bindende Element darstellen sollten. Und es hat sich, wie nicht anders zu erwarten, gezeigt, daß sich von Deserteurern aus den Angehörigen sechs verschiedener Völker keine Armee aufbauen läßt, die sich im Ernstfall bewährt, und daß die militärische Vergangenheit solcher Leute allenfalls dazu ausreicht, nach Ausscheidung der Fremdvölkischen einen zerstörenden Bändenkrieg zu organisieren.

Die tschecho-slowakische Armee hat sich in nationaler Hinsicht wie folgt zusammengesetzt: 52 v. H. Tschechen, 22 v. H. Deutsche, 15 v. H. Slowaken, 5 v. H. Madjaren, 4 v. H. Ukrainer und 2 v. H. Polen, Rumänen, Juden, Zigeuner usw. Die Tschechen haben die sich aus der völkischen Buntscheckigkeit für die Armee ergebenden Gefahren sehr wohl erkannt und diese Gefahren durch verschiedene Mittel nach Möglichkeit zu vermindern versucht.

1. Sie haben aus dem Zerfall der k. u. k. Armee gelernt, wie gefährlich es ist, wenn größere Truppeneinheiten ausschließlich aus den Angehörigen der nationalen Minderheiten bestehen. Das Prinzip der nationalen Mischung ist in der tschecho-slowakischen Armee bis in die kleinsten Einheiten hinein durchgeführt worden. Es hat also keine rein deutschen oder rein slowakischen Kompanien, Batterien oder Schwadronen gegeben, sondern jeder dieser Truppenteile hat sich aus einer tschechischen Mehrheit und aus einer Minderheit von Angehörigen anderer Völker zusammengesetzt. Das hat zwar den Vorteil gehabt, daß es keine von vornherein unzuverlässigen Regimenter gegeben hat, es hat aber auch zur Folge gehabt, daß es keine Regimenter gegeben hat, die als hundertprozentig zuverlässig gelten konnten. Das Prinzip der nationalen Mischung ist auch insoweit beachtet worden, als die Angehörigen der nichttschechischen Völker vorwiegend außerhalb ihrer Volkstumgebiete, also die Ukrainer und Slowaken in Böhmen und Mähren,

die Deutschen aber in der Slowakei und Kärpathenland, in Garnison gelegt worden sind.

2. Die Kommandostellen haben fast ausschließlich in tschechischen Händen gelegen. Das Offizierskorps der tschecho-slowakischen Armee ist zu 90 v. H. tschechisch gewesen. Im Jahre 1936 hat es bei einer Gesamtzahl von etwa 10 000 aktiven Offizieren nur noch 457 deutsche Offiziere gegeben. Bei diesen hat es sich fast ausschließlich um ältere Offiziere gehandelt, die noch aus der k. u. k. Armee stammten und deren Zahl sich von Jahr zu Jahr verringerte. Das slowakische Element ist am Offizierskorps nur mit etwa 1 v. H. beteiligt gewesen. Im Jahre 1936 hat es unter den 119 Generalen der tschecho-slowakischen Armee nur 1 und unter den 362 Obersten nur 2 Slowaken gegeben. Der in der Militärakademie in Weißkirchen, der einzigen höheren Militärbildungsanstalt der Tschecho-Slowakei, ausgebildete Offiziersnachwuchs ist rein tschechisch gewesen. Ebenso hat die Armesführung auf die möglichst reiflose Tschechisierung des Unteroffizierskorps geachtet. Unter den 8 480 Berufsunteroffizieren und 8 000 Kapitulanten hat es nur einige hundert Angehörige nicht-tschechischen Volkstums gegeben. Die nicht-tschechischen Völker haben also, obwohl sie 48 v. H. der Mannschaft stellten, auf die Truppenführung so gut wie gar keinen Einfluß gehabt.

3. Ebenso ist die Führung der tschecho-slowakischen Armee darauf bedacht gewesen, die Wehrpflichtigen der Minderheiten von verschiedenen Spezialwaffen nach Möglichkeit fernzuhalten. Die Fliegerei, das Nachrichtenwesen, die Lanckwaffe und die schweren MG., die Flammenwerfer und Gaswaffen sowie die Kadtschützenabteilungen hat man fast ausschließlich mit tschechischen Truppen besetzt. Doch hat dieses Bestreben an den Verschiedenheiten, die hinsichtlich der militärischen und technischen Eignung zwischen den einzelnen Völkern bestehen, seine Grenzen gefunden. So ist z. B. bei den Manövern des Jahres 1935 die verhältnismäßig große Zahl der deutschen Lanckführer aufgefallen. Auffällig ist auch, daß ungefähr 60 v. H. der sudetendeutschen Wehrpflichtigen zur Artillerie eingeteilt worden sind. Dafür ist allerdings neben der zweifellos größeren Eignung der Deutschen für diese Waffe auch der Wunsch maßgebend gewesen, die Deutschen nach Möglichkeit aus der ersten Linie, in der die Versuchung zum Ueberlaufen besonders groß ist, fernzuhalten. Und bezeichnend ist es auch gewesen, daß bei der Mobilmachung gegen Ungarn im Jahre 1921 die Artilleristen deutscher Volkszugehörigkeit, im Gegensatz zu ihren tschechischen „Kameraden“, nicht mit Handfeuerwaffen ausgerüstet worden sind! Die Slowaken sind hauptsächlich zur Infanterie eingeteilt worden. Die Madjaren sind außer bei der Kavallerie besonders stark beim Train und bei der Artilleriebespannung vertreten gewesen. Die verschiedenen Spezialformationen, die zur bewaffneten Macht gerechnet werden müssen, wie die Grenzjäger, die Gendarmerie, die Finanzwache und die Staatspolizei, haben sich, da sie mehr oder weniger politische Funktionen auszuüben haben, naturgemäß stets nur aus staatlich völlig zuverlässigem Menschenmaterial rekrutiert. Nichttschechische Elemente sind für diese Formationen also so gut wie gar nicht in Frage gekommen.

Die tschecho-slowakische Armee hat nicht nur unter der Vielheit der in ihr vertretenen Völker zu leiden gehabt. Auch das tschechische Element selbst, das dazu berufen gewesen ist, den bindenden Kern und das moralische Rückgrat dieser Armee zu sein, hat der Führung große Sorgen gemacht. Oft haben führende tschechische Militärs über die mangelnde Wehreffendigkeit und das mangelnde Selbstvertrauen des Staatsvolkes geklagt, das zwar großen Gefallen daran findet, aus der sicheren Machtposition des Staates heraus die wehrlosen Minderheiten zu schikanieren, aber wenig Neigung verrät, diesem Staate mit dem vollen Einsatz seines Gutes und Blutes zu dienen. Es muß freilich hinzugefügt werden, daß eine Verallgemeinerung solcher pessimistischer Urteile über den soldatischen Wert des Staatsvolkes kaum zulässig ist. Denn auch in der k. u. k. Armee hat es aus den „historischen Ländern“ Regimente gegeben, die sich unter guter Führung gut geschlagen haben, wobei man allerdings eines nicht übersehen darf: es sind nicht tschechische, sondern mährische Regimenter gewesen! Zum Soldaten einer modernen Armee ist der Tscheche im allgemeinen wenig geeignet. Er ist als der Soldat Schwejdl, den Jaroslav Haschek so vortrefflich geschildert hat, in die Literatur und als huffitischer Mordbrenner, den die deutschen Nachbarländer kennen gelernt haben, in die Geschichte ein-

gegangen. Als Schwefel und Hufst zugleich ist er auch jetzt wieder auf dem Kampffeld erschienen. Der Krieg ist ihm weniger eine Angelegenheit von Soldaten als vielmehr eine andere und zwar die brutalste Form des Volkstumskampfes. Nicht die offene Feldschlacht mit dem militärischen Gegner, dem er nach Möglichkeit auszuweichen bestrebt ist, sondern die Ausrottung des anderen Volkstums ist das Ziel, das er auch im Kriege verfolgt. Daß die tschechischen Truppen nach Ausbildung und Ausrüstung die Bedingungen europäischer Armeen erfüllen, ändert an dieser psychologischen Einstellung nichts. Es ist für die geistige Verfassung des tschechischen Volkes und Heeres bezeichnend, daß ihnen als das „heldische“ Zeitalter ihrer Geschichte die Hussitenzeit gilt, eine Zeit der sinnlosen Zerstörung und des rachsüchtigen Massenmordes an wehrlosen Menschen, eine Zeit, die jedes Volk von soldatischer Ehrliebe als eine Zeit des sittlichen Tiefstandes und der völkischen Schmach aus seiner Erinnerung auszulöschen bestrebt ist.

Deutsches und polnisches Temperament

Zu der Frage der Temperamentsunterschiede zwischen Deutschen und Polen hat Dr. Kurt Lüd in seinem Buch „Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur“ eine Reihe beachtlicher Beiträge geliefert. Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf dieses Buch. Es fällt nicht schwer, aus ihnen gewisse politische Schlussfolgerungen zu ziehen, so weit die Gebiete, auf denen sich diese Temperamentsunterschiede äußern, zunächst auch von Politik entfernt zu sein scheinen.

Der Pole hat ein viel lebhafteres Temperament als sein deutscher Nachbar, den er deshalb ebenso wie der Franzose und Russe, als schwerfällig, fischblütig und langweilig bezeichnet. Alles Buchtige, Pedantische in der Kunst und Literatur ist „niemiekie“ und „szwabstie“. Das Nervensystem der Polen besitzt eine ständige Spannung, während die Erregbarkeit des Deutschen, der im Lande der Warthe und Weichsel als Vertreter seines Volkes auftritt, verhältnismäßig gering ist. Der Pole wird leicht von Begeisterung durchglüht, kühlt aber dann schnell wieder ab. Im Deutschen brennt die Begeisterung ruhiger, aber länger. Ueberall offenbart sich der Unterschied der beiden Temperamente. In Malerei und Volkstracht der Polen herrscht die Freude an der Blut der Farben. Chopins Musik enthält als Grundton den „Zal“, Schmerz, Sehnsucht, Trauer, Erinnerung. Beethovens Musik könnte man mit einer kraftgeballten Faust, Bachs Tonerschöpfungen mit Klarheit und Wucht vergleichen. Und wie weltverschieden ist die olympische Ruhe eines Goethe, der „keine Wunder sieht“, von einem Mikiewicz, der Gefühl und Glaube über die Weisheit stellte! Auf der einen Seite das Willensvolk mit dem größeren Anteil an der Dramenliteratur der Welt, auf der anderen das Gefühlsvolk mit einer reichen Lyrik und dem „Pan Tadeusz“, dem „einzig gelungenen epischen Gedicht des 19. Jahrhunderts. Den Temperamentsunterschied offenbart heute am deutlichsten und greifbarsten die Presse der beiden Nachbarn.

Das deutsche Liebeslied ist nach Ansicht von Lucjan Kamieński weicher als das polnische, in dem trotz seines ausgeprägten lyrischen Grundgehaltes viel mehr Neckerei, Fopperie und Satire vorkommen. In dem Rhythmus des polnischen Volksliedes herrscht die Neigung zum Vambus, im deutschen zum Trochäus, z. B. in den Walzerweisen. Da, wo im Polnischen der Trochäus auftritt, kann man bis zu einem gewissen Grade deutsche Einflüsse vermuten. In der polnischen Volksweise bricht gern die übermäßige Laune des Gegenakzentes hervor. Auf dem Tanzboden kann man das oft bemerken. Da knallt der polnische Bursche mitunter ganz gegen den Takt mit dem Absatz auf den Fußboden. Przbyszewski hat das einmal geistreich als den „bunt“, den Aufruhr in der polnischen Seele, bezeichnet. Der Deutsche der Grenzlande und der Volkseineln verträgt dagegen kein Satzwerk launenhafter Akzente. Bei ihm muß alles klar klingen und seine Ordnung haben. Sein Akzentsystem liegt fest, während es beim Polen icklichtet. Der Deutsche hat das „Tempo rubato“ des Polen so gut wie überhaupt nicht. Auch im Melodischen treten ganz bestimmte Unterschiede in Erscheinung. Im Liede des Grenz- und Volkseinfeldeutschen gibt es heute kaum noch die sogenannten Kirchentöne, die das Polnische noch hat. Die Weisen der Polen sind monodisch, die der Deutschen meist harmonisch ausgeführt. Daher standen sie im Polnischen freier

da und konnten rhythmisch wie melodisch einen großen Umfang bewahren, während sie im Deutschen durch die Harmonisierung abgeschliffen wurden. Nicht ohne Einfluß auf die Unterschiede der Volksmusik blieb die Art eigenart der Musikinstrumente auf beiden Seiten. Was auf diese Weise der Volkstunbler und Musiker an Gegenfälligkeiten und Eigentümlichkeiten genauer zu erklären vermag, empfindet das Ohr des Grenzland- und Volksinselmenschen instinktiv. Ueber erste Musik urteilt das polnische Volk in Kongresspolen: „Da wird gespielt wie bei einem deutschen Begräbnis“, und über den deutschen Gesang: „Leicht erkennt man den Deutschen am Singen und dem Hund am Bellen“. Die Deutschen dagegen dort sagen: „polnische Hochzeit machen“, wenn Kinder sich bei Tisch wild benehmen, Krach machen, mit Wölfeln und Laffen klappen usw.

Die Tanzkunst der Polen ist in Europa immer bekannt und berühmt gewesen und hat auch einen Einfluß auf den Westen ausgeübt. Als „*slavus saltans*“, als „springender Slawe“, erscheint der Pole schon in den ältesten deutschen Quellen. Im Vergleich zu den Polen seien die Deutschen doch nur eine Art Holländer, meinte jemand 1795 auf einem Ball in Karlsbad, worauf Goethe versetzte: „Kein Wunder, die Grazie ist ihm angeboren“. Ueberall galten die sarmatischen Kavalier als die besten Tänzer. Die „*Polonaise*“ und der „*Mazur*“ traten einen förmlichen Siegeszug durch ganz Europa an. In ihnen offenbarte sich das lebhafteste Temperament der Polen. Ein deutscher Verfasser schrieb 1760, daß das *Polonaise* tanzen der Deutschen und Polen sich so verhalte, wie das Buchstabieren eines ABC-Schützen zu dem vollendeten Vortrag eines Künstlers. Der Livländer Schulz schildert in seiner bekannten Reisebeschreibung voller Begeisterung die reizvolle Art, in der die Polen ihren Nationaltanz tanzen. In Polen und anderen Ländern gelten dagegen die Deutschen als „*Volk ohne Tanz*“. Die deutschen Volkstänze sind im Gegensatz zu den russischen, ungarischen, spanischen und polnischen so gut wie unbekannt. In Deutschland gehörte, so stellte einmal eine Pole fest, der Tanz nie so organisch zum kulturellen Leben der Nation wie in Polen und Rußland. Als „deutscher Tanz“ galt auch in Polen der *Walzer*, der im 18. Jahrhundert Eingang fand und die französischen Menuette, Gavotten, Galearden, Kapreolen der Renaissancezeit verdrängte. Nach den Teilungen Polens lehnten viele Krieger in Polen den Walzer aus nationalen Gründen ab. Man dichtete sangbare Spottverse auf ihn, um vor allem den Mädchen die Freude am „deutschen Tanz“ zu rauben.

Ebenso kommt der Temperamentsunterschied zwischen den beiden Völkern beim Sprechen zum Ausdruck. Dr. Lüd schreibt hierüber u. a.: Der Deutsche, besonders im deutsch-polnischen Nachbarschaftsgebiet, spricht weniger und langsamer als der Pole. Da der Pole ein lebhafteres Temperament besitzt als der Deutsche, sind in seiner Sprache die Unterschiede in der Tonhöhe der im Satz hauptbetonten Silben gegenüber den anderen größer als im Deutschen und reichen, besonders bei Frauen, bis über eine Oktave hinaus. Umgekehrt geht der Deutsche gewöhnlich beim Satzabschluß in der Tonhöhe um eine Quinte herunter, der Pole oft nur um eine Terz. Der polnische Forscher *Bystron* bezeugt, daß die Sprache der Deutschen im polnischen Volkstum als „unbeholfen, feig und wenig schlagfertig“ bezeichnet wird; er fügt allerdings dann hinzu: „Anscheinend haben die polnischen Bauern die deutschen Kolonisten einzig und allein an Schlagfertigkeit des Wortes übertroffen“, womit er Recht haben dürfte.

„*Weel weeten u wenig seggen*“, das ist die Art der Niederdeutschen, weshalb ihn der Pole für nüchtern, langweilig und grämlich hält. Der Pole hat nämlich die Fähigkeit, auch über Dinge ausführlich zu reden, die er nicht gründlich kennt. Der eigentümlichen Verbindung zwischen deutscher Tiefe des Denkens und dem Mangel an Ausdrucksfähigkeit und Werbekraft des Wortes steht eine gegenteilige Begabung auf der polnischen Seite gegenüber, nämlich für gedankliche Oberflächlichkeiten und Legenden mit unübertrefflicher Werbe- und Ueberzeugungskraft rednerisch einzutreten. Der Pole ist der geborene Propagandist. An der Volkstumsgrenze wird von beiden Seiten diesen in die Augen fallenden Unterschieden in der Beredsamkeit in sprichwörtlichen Redewendungen Ausdruck gegeben. Während auf polnischer Seite von der „*Hammelsprache*“ gesprochen wird, pariert man auf deutscher Seite mit „*polnischem Geschnatter*“, und einen Menschen, der ihnen durch seine Redseligkeit auf die Nerven fällt, bezeichnen die Deutschen in der Grenzzone und in den Volksinseln als einen „*richtigen Quaschfowski*“ oder „*Quasjelfowski*“. Besonders dem Niederdeutschen ist die *Bielrednerci* und *sprichwörtliche Prahlerei* des Polen immer verdächtig gewesen. „*Falsch wie ein Pole*“, so

lauter eine Volksweltweisheit in der Grenzmark Posen-Westpreußen, d. h. man darf der Höflichkeit des Polen nicht trauen. Es fehlt nicht an Ausprüchen früherer Zeiten, die ebenso auf die mit einer hervorragenden Beredsamkeit verbundene Unzuverlässigkeit der Polen anspielen. Der Erzbischof Honoratius Visconti hat im Jahre 1636 in seinem Nuntiatursbericht aus Polen geschrieben: „Denn nicht nur der König allein, sondern ganz allgemein sind sämtliche Polen mehr freigebig im Versprechen als zuverlässig im Halten, . . . so daß jemand mit Recht scherzhaft sagte, Polen sei das gelobte Land der Versprechungen“. Swogin, der im 16. Jahrhundert lebte, hat geschrieben: „Sie (die Polen) neigen zur Verzückung. Eine vernünftige Ueberzeugung wirkt weniger auf ihren Willen als Begeisterung, die schnell verfliegt. In der Verstandesarbeit sind sie nicht ausdauernd. Wegen langes Nachdenken, kühle technetische Vernunft haben sie einen Abscheu.“ Vom Deutschen hat schon der im 17. Jahrhundert lebende polnische Dichter Morzyzyn in einer Satire des wie eine Uhr aufgezogenen Deutschen gesagt, er „lege seine Worte auf die Waage“. Ein polnisches Sprichwort aus der Gegend von Rogasen im Posenschen bestätigt das mit den Worten: „Polak mowony, Niemiec słowny“ (Der Pole redet immer fort, der Deutsche ist ein Mann von Wort“).

Dem Deutschen eignet eine schulmeisterliche Lebhaftigkeit, deren Sprache mehr begrifflich ist, dem Polen eine glänzende advokatische Rednergabe, deren Sprache gegenständlich zu sein versteht. Der erste wendet sich an die Geister, der zweite an die Gemüter. Der erste ist tüchtiger auf dem Gebiete des Dramas, der zweite auf dem Gebiete der Epik. Vor allem der Psidutsche hat, weil er nicht dazu erzogen worden ist, nie den Wert der Sprache als Waffe in der Auseinandersetzung der Völkertümer und ihrer Kulturen richtig einzuschätzen und anzuwenden gewußt. Seine Bücher erschienen dem Polen Jahrhunderte hindurch langweilig und zu tiefgründig, seine Sprache pedantisch. Im Vergleich zu ihr wirkte die polnische Sprache immer schwärmerisch und blumenreich. Und so gewann in der großen politischen und kulturellen Propaganda die Menschen oft nicht der deutsche Schulmeister, sondern der polnische Redner. Hier hat man es mit einem Abschnitt der Volkstumsfront zu tun, auf dem der Pole seinem Nachbarn offensichtlich überlegen ist. Das zeigt sich nicht nur im Umgang von Mensch zu Mensch, sondern auch in der kulturpolitischen Propaganda der beiden Völker. Dem polnischen Volk ist von eigenen und ausländischen Kritikern oft vorgeworfen worden, daß es in seiner Art zu sprechen meist haarscharfe, nüchternere und eindeutige Formulierungen vermeidet und die Relativität bevorzugt. Daher übertreibt es das deutsche Volk bei weitem in der Kunst, Legenden zu schaffen und an sie zu glauben. Wenn man alle die polnischen Forschungen verfolgt, die immer wieder, einstuweilen erfolglos, gegen die Legendenbildung ankämpfen, dann scheint jetzt doch eine energische Aktion notwendig zu sein, um vor allem die Geschichtswissenschaft Polens von ihrem Ballast an Legenden zu säubern und um das polnische Schrifttum von dem Vorwurf zu befreien, daß es „das gelobte Land der Legende“ sei.

Die Temperamentsunterschiede treten auch in der Einstellung der beiden Völker zur Arbeit, besonders im Arbeitstempo, in Erscheinung. Es gibt auf beiden Seiten zahlreiche Sprichwörter und Schwänke, in denen hier die „polnische Wirtschaft“ und dort der deutsche Fleiß verspottet wird. Der Pole erkennt die größere Arbeitstüchtigkeit und Arbeitsausdauer des Deutschen zumeist ohne weiteres an. Aber er neigt dazu, in diesen Eigenschaften mehr die Schattenseiten zu suchen, als den Nutzen zu sehen, den die Nachahmung ihm einbringen würde. Zumeist ist mit dem Eingeständnis des deutschen Fleißes die Vorstellung verbunden, daß materialistische Gesinnung, Strebertum, Geiz usw. dessen Liebesfeder sind. „In Polen“, so hat kürzlich im „Ziustrowany Kurjer Codzienny“ ein Ingenieur Drzewiecki geschrieben, „wird Arbeitsamkeit nicht als eine Pflicht oder Tugend, sondern mehr als eine harte Notwendigkeit angesehen, der jeder zu entgehen trachtet. In Polen gibt es im allgemeinen kein Bestreben, den Wohlstand zu heben. . . Der Mangel an Pünktlichkeit und Beachtung der eigenen und der fremden Zeit führt dazu, daß das Arbeitstempo in Polen langsam ist und daß alle Bemühungen Einzelner, gründliche Arbeit zu leisten, gehemmt werden.“ „Ein anderer Nationalfehler der Polen“, hat Prof. Jan Swiazdomowski im vergangenen Jahre einmal im „Gazet“ geschrieben, „ist die Oberflächlichkeit in der Arbeit. Wie anders arbeitet ein Deutscher oder ein Franzose! Der Deutsche, ernsthaft, sogar dülster, versucht,

jede Arbeit so gut, wie er nur kann, auszuführen und dabei nach Möglichkeit, seine Autorität, seine Ueberlegenheit der Umgebung gegenüber zu betonen. Der Pole versucht, jede Arbeit so schnell, wie es nur irgend geht, mit einer möglichst geringen Anstrengung auszuführen. Infolgedessen begeht er Fehler und Irrtümer, die den Wert seiner Arbeit auf ein Minimum herabdrücken.“ Wie die Einstellung des Polen zur Arbeit eine andere ist als die des Deutschen, so unterscheidet sich auch die polnische Bewertung des Arbeitserfolges von der deutschen Bewertung. Der Pole hat im allgemeinen wenig Verständnis dafür, daß sich Einer sein ganzes Leben lang abmüht, um es schließlich zu einem mehr oder weniger großen Wohlstand zu bringen. Der seinerzeitige Minister des preussischen Teilgebietes und Wojewode von Pommernellen, Stanislaw Wachowial, hat einmal geäußert: „Jemand hat treffend gesagt, daß der Pole den Wohlstand nicht liebt. Der Pole achtet die Leute nicht, die durch eigene Arbeit zu etwas kommen“. Diese mangelnde Achtung vor erarbeitetem Wohlstand schließt freilich nicht aus, daß der Pole leicht dem Deutschen diesen Wohlstand neidet. Das haben die Deutschen in Polen nach der Aufrichtung des polnischen Staates gründlich zu fühlen bekommen!

Um Wahlbontott und Wahlbeteiligung

Trotz der Zuspitzung des tschechischen Konfliktes, der das Interesse der polnischen Öffentlichkeit in erster Linie in Anspruch nimmt, ist die Beachtung, die der durch die überraschende Auflösung von Sejm und Senat geschaffenen innerpolitischen Lage geschenkt wird, kaum geringer geworden. Es ist im Gegenteil unverkennbar, daß die Neuwahl der gesetzgebenden Körperschaften, die am 6. und 13. November d. J. stattfinden soll, gerade durch die außenpolitische Spannung eine besondere und ungewöhnliche Note erhalten hat. Denn für die Regierungskreise ist der Ausgang des tschechischen Konfliktes, nachdem sich die Regierung in der Teschener Frage so sichtbar festgelegt hat, zu einer innerpolitischen Prestigefrage geworden. Davon, ob diese Frage für oder gegen Polen gelöst wird, hängt ohne Zweifel die Entwicklung der innerpolitischen Lage Polens weitgehend ab. Man darf nämlich nicht übersehen, daß es in erster Linie die Regierungskreise gewesen sind, die sich auf die Lostrennung des Olsagebietes von der Tschedo-Slowakei versteift haben, während die oppositionellen Parteien bis zum letzten Augenblick einer Ausöhnung zwischen Warschau und Prag im Interesse der gemeinsamen Feindschaft gegen Deutschland das Wort geredet haben. In der Teschener Frage hat das Regierungslager eine Kampfpapole zur Hand, durch die es bei einzigem taktischen Geschick in den Stand gesetzt wird, endlich einmal seine Gegner auf der Rechten und der Linken propagandistisch in die Defensive zu drängen.

Das erste, worauf es dem Regierungslager ankommt, ist, die oppositionellen Parteien zur Wahlbeteiligung zu bewegen. Der Staatspräsident hat es in seinem Auflösungsdekret vom 13. September als die vordringliche Aufgabe der neu-gewählten gesetzgebenden Körperschaften bezeichnet, zur Frage der Wahlreform Stellung zu nehmen. Er hat damit den oppositionellen Parteien, deren politische Hauptforderung seit Jahren die Wahlreform ist, zu verstehen gegeben, daß die beste Möglichkeit, auf die Abänderung des Wahlgesetzes Einfluß zu nehmen, die Wahlbeteiligung ist. Doch ist diese Aussicht für die oppositionellen Parteien nicht allzu verlockend. Denn es hängt, da ja am 6. und 13. November noch einmal nach dem Wahlgesetz von 1935 gewählt werden, weitgehend von dem guten Willen der Regierung ab, wie stark die Regierungsgegner im Parlament vertreten sein werden. Es sei noch einmal kurz an die Bestimmungen des Wahlgesetzes, die den oppositionellen Parteien im Jahre 1935 eine Wahlbeteiligung unmöglich gemacht haben, erinnert.

Nach diesen Bestimmungen werden in den über 100 Wahlbezirken, in die das Staatsgebiet eingeteilt ist, die Abgeordnetenkandidaten für den Sejm nicht von den Parteien aufgestellt, sondern von den Bezirksversammlungen gewählt, die sich zusammensetzen: 1. aus Delegierten der territorialen Selbstverwaltungen, die ihrerseits von den Kreis- und Gemeinderäten sowie von den Stadtverordnetenversammlungen gewählt

werden, 2. aus Delegierten der wirtschaftlichen Selbstverwaltungen und Berufsorganisationen, die ihrerseits von den Industrie- und Handelskammern, den Handwerks- und Landwirtschaftskammern sowie von den Vorständen der seit mindestens drei Jahren in den betreffenden Bezirken bestehenden Arbeiterberufsverbänden gewählt werden, 3. in den Stadtbezirken mit mehr als 100 000 Einwohnern aus den Delegierten der Ärzte-, Anwalts- und Notariatskammern sowie den Delegierten der in den betreffenden Bezirken bestehenden Akademien, und 4. aus Delegierten, die von mindestens je 500 Wählern entsandt werden. Diese letzte Delegiertengruppe ist, da sich die drei erstgenannten fast durchweg aus Regierungsanhängern zusammensetzen, die einzige, durch die die oppositionellen Parteien die Möglichkeit haben, auf die Zusammensetzung der Kandidatenliste Einfluß zu nehmen. Da diese letzte Delegiertengruppe, um ihren Kandidaten auf die Liste zu bringen, mindestens ein Viertel der Mitglieder der Bezirkswahlversammlung stellen muß, ist angesichts der großen Zahl der von den drei anderen Gruppen in diese Versammlung entsandten Delegierten die Aussicht der oppositionellen Parteien, die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten auf die Liste zu bringen, praktisch äußerst gering. Nahezu völlig ausgeschlossen sind die oppositionellen Parteien von einer Mitwirkung bei der Senatswahl. Von den 98 Senatoren wird ein Drittel vom Staatspräsidenten ernannt, während die übrigen zwei Drittel von Wojewodschaftswahlkollegien gewählt werden. Dabei besitzen das aktive Wahlrecht zum Senat nur bestimmte Personalkategorien, so die Inhaber einiger hoher Orden, die Rektoren und Senatsmitglieder der akademischen Schulen, diejenigen Personen, die „auf das Vertrauen ihrer Mitbürger begründete Posten“ in den territorialen, beruflichen und wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften bekleiden, u. a. m.

Es ist verständlich, wenn sich die oppositionellen Parteien im Jahre 1935 geweigert haben, unter solchen Bedingungen an den Wahlen teilzunehmen. Auch jetzt sind die Aussichten der Regierung, diese Parteien für eine Wahlbeteiligung zu gewinnen, nicht groß, obwohl sie bereit ist, hinsichtlich der Zusammensetzung der Kandidatenlisten usw. diesen Parteien dieses Mal größere Zugeständnisse als vor drei Jahren zu machen. Auf den schärfsten Widerstand ist die Regierung, wie zu erwarten war, bei der Volkspartei gestossen, die eine Wahlbeteiligung nach wie vor ablehnt unter Hinweis darauf, daß „die Massen der Bauern, selbst wenn sie wollten, beim augenblicklichen Stand der Dinge keine Möglichkeit hätten, ihren Willen bei der Wahl zum Ausdruck zu bringen“. Auch die anderen oppositionellen Gruppen haben der Regierung noch keine Zusage erteilt. Das gilt sowohl für die Nationaldemokraten, die allen Lockungen und Versprechungen der Regierung mißtrauen, wie für die Sozialdemokraten, die immer stärker mit der Volkspartei sympathisieren, und für die Christlichen Demokraten, die es der Regierung nicht verzeihen können, daß sie den alten Rebellenführer Korfanty ins Exil geschickt hat. Es muß unter diesen Umständen also fraglich erscheinen, ob es der Regierung gelingen wird, am 6. November d. J. wesentlich mehr Wähler an die Wahlurne zu bringen als vor drei Jahren, wo in einzelnen Landesteilen die Wahlbeteiligung kaum 20 v. H. betragen hat.

Wenn der Staatspräsident die gesetzgebenden Körperschaften so überraschend aufgelöst hat, so einmal deshalb, weil es der Regierung sehr darauf ankommt, die Parlamentswahl stattfinden zu lassen, ehe durch die noch in diesem Jahre beginnenden Gemeindevahlen die Zusammensetzung der kommunalen Selbstverwaltungen sich zugunsten der oppositionellen Parteien geändert hat und damit für diese Parteien die Möglichkeit gegeben ist, von dieser Position aus einen stärkeren Einfluß auf die Aufstellung der Kandidatenliste für die Sejmwahl zu nehmen. Daneben aber kann noch ein anderer Grund für die überraschende Veröffentlichung des Auflösungsdekretes angesehen werden: Diese Maßnahme ist unmittelbar gegen die Oberstengruppe gerichtet, die sich in letzter Zeit wieder gefestigt und in das aktive politische Leben einzuschalten versucht hat. Für Oberst Elawel und seine Freunde bedeutet die Auflösung des Sejms zweifellos einen empfindlichen Schlag. Es ist anzunehmen, daß diese Gruppe, die innerhalb des Regierungslagers die stärkste Konkurrenz des „Lagers der nationalen Einigung“ darstellt, in Zukunft in Sejm und Senat nicht mehr vertreten sein, politisch also fast gestellt werden wird. Die Annahme ist also nicht von der Hand zu weisen, daß es sich hier um eine Rettungsaktion für das „Lager der nationalen Einigung“ handelt, das gerade von dieser Gruppe alter Pilsudkianhänger in letzter Zeit besonders arg bedrängt worden ist. Es ist vielleicht auch nicht verfehlt, anzunehmen, daß

die Regierung durch diesen Schachzug gegen Elawek und seine Freunde gehofft hat, daß Mißtrauen zu zerstreuen, das die oppositionellen Parteien dem Vorgesprochen des Staatspräsidenten entgegenbringen, daß es die vordringliche Aufgabe der neu gewählten Kammer sein werde, die Wahlreform zu betreiben. Denn mit Oberst Elawek wird der eigentliche Schöpfer des derzeitigen Wahlgesezes und der stärkste und hartnäckigste Gegner jeder Redemokratisierung des öffentlichen Lebens beseitigt.

Fremdenverkehr in Polen

Vor Jahren hat man in Polen gehofft, Polen zu einem Fremdenverkehrsland von europäischer Bedeutung machen zu können. Diese Hoffnung hat man inzwischen zu den Akten gelegt. Man hat sich mit der Tatsache abgefunden, daß Polen doch kein Land für einen Massenfremdenverkehr aus dem Auslande ist. Die Gründe hierzu sind verschiedener Art. Polen hat einem Ausländer herzlich wenig zu bieten, was die weite Anreise lohnt. Zwar werden Krakau und Wilna für einen kunsftbegeisterten Fremden immer Anziehungspunkte bleiben, auch werden die Tatras und die Karpathen den Naturfreund und Polesten und das Urwaldgebiet von Bialowiez den Jäger aus dem Auslande immer anzuziehen vermögen. Darüber hinaus aber hat Polen kaum Naturschönheiten besonderer Art und auch sonst wenig besonders Interessantes zu zeigen, was einen Ausländer veranlassen könnte, die Beschwiernisse einer Reise durch Polen auf sich zu nehmen, es sei denn, daß er sich für die gewiß eigenartigen politischen Zustände dieses Landes, etwa für die sehr aktuelle Judenfrage oder für die Lage der fremden Volksgruppen interessiert, die fast die Hälfte des polnischen Staatsgebietes besiedeln. Was den Ausländer aber in besonderem Maße von einem Besuch Polens abschreckt, das sind die (mit wenigen Ausnahmen) geradezu zermürbenden Zustände im polnischen Gastwirts- und Hotelgewerbe und im Straßenwesen Polens.

Wenn man es unter diesen Bedingungen aufgegeben hat, Massen ausländischer Besucher nach Polen zu ziehen, so hat man sich doch mit Erfolg bemüht, den inländischen Fremdenverkehr zu heben. Auf der einen Seite hat man durch die erschwerte Erteilung von Ausreisewisens, durch die Ablehnung von Devisenausfuhrbewilligungen usw. die einheimischen Reiselustigen am Besuch ausländischer Kurorte zu hindern und auf der anderen Seite durch Fahrpreisermäßigungen auf den polnischen Bahnen und andere Vergünstigungen die inländische Touristik zu heben versucht. Tatsächlich ist in den beiden letzten Jahren der Sommerfremdenverkehr in Polen gegenüber den vorangegangenen Krisenjahren auch um etwa 30 bis 40 v. H. gestiegen. Die Hauptziele des Kur- und Touristenverkehrs in Polen sind die Ostseeküste, die Tatras, die Karpathen und Bestiden und die Kurorte Mittelpolens wie Ciechocinek, Busko, Naleczów usw. Den weitaus stärksten Fremdenverkehr haben die Sommerfrischen an der Ostseeküste von Adlershorst über Püzig bis Sela zu verzeichnen.

Gerade diese Steigerung des Fremdenverkehrs aber hat die zumeist trostlosen Zustände im polnischen Fremdenverkehrsgewerbe so recht zu Benußfisen gebracht. Das polnische Gasthausgewerbe aller Kategorien wird, wie von Fachkreisen bestätigt wird, in fast allen Kurorten Polens noch genau so wie vor Jahrzehnten mit einem unveränderlichen Dilletantismus betrieben. Die Versuche, den Fremden nach europäischem Muster den nicht einmal billigen Aufenthalt in den Kurorten abwechslungsreich, bequem und in bezug auf Sauberkeit und Verpflegung ertäglich zu gestalten, stecken in Polen noch in den Kinderschuhen. Besonders auffällig ist, daß sehr wenig geschieht, um die den Bedürfnissen eines europäischen Reisepublikums in keiner Weise entsprechenden Zustände zu bessern. Es gibt in Polen eine einzige Hotelgewerbliche Schule, die seit einigen Jahren in Zakopane besteht, aber zur Heranbildung des erforderlichen Nachwuchses bei weitem nicht ausreicht. Dasselbe gilt für die Schnellkurse für Hotelbedienungspersonal, die im vergangenen

Winter erstmalig in Ödungen abgehalten worden sind. Auch die Bemühungen der Regierung, durch besondere Maßnahmen den Fremden vor finanzieller Ausbeutung und gesundheitsschädlicher Unterbringung und Verpflegung zu schützen, haben bisher nur wenig genützt. Die Investitionen im Fremdenverkehrsgewerbe beschränken sich auf ein Mindestmaß. Es fehlt jede großzügige Initiative. Nicht nur bei den privaten Unternehmungen, sondern auch bei den Kurverwaltungen. In den besonders stark besuchten Sommerfrischen an der Küste haben sich im Sommer dieses Jahres kaum glaubliche Zustände ergeben; in Hesterneft z. B. sind zahlreiche Badegäste, weil die Hotels, Pensionen und Privatquartiere nicht ausreichen, in schnell geräumten Viehställen untergebracht worden. Selbst der in seinen Ansprüchen bescheidene polnische Durchschnittsreisende läßt sich eine Behandlung, wie sie ihm in den meisten Kur- und Touristenorten Polens zuteil wird, nicht gern gefallen. Daß sich unter solchen Bedingungen ein europäische Verhältnisse gewöhnter Ausländer nur sehr schwer zu einem Besuch polnischer Kurorte entschließt, versteht sich von selbst. Es kommt noch hinzu, daß gerade die sehr wenigen besser ausgestatteten Kurorte zumeist stark von Juden überlaufen sind, mit denen den Erholungsurlaub teilen zu müssen in keiner Hinsicht angenehm ist.

Diese Feststellungen sollen für den deutschen Leser keine Aufforderung sein, nicht nach Polen zu reisen. Im Gegenteil: Es gibt eine ganze Masse von Leuten in Deutschland, denen man nahelegen kann, die Vorstellungen, die ihnen von einer schönfärbereischen Propaganda beigebracht worden sind, an Ort und Stelle zu überprüfen.

Offland-Chronik

Polen nicht mehr im Völkerbundsrat

Die polnische Regierung hat durch ihren Vertreter in Genf dem Vorsitzenden der am 19. September zusammengetretenen Völkerbundtagung mitteilen lassen, daß sie auf eine Wiederwahl Polens in den Völkerbundsrat verzichte. Polen hat seit 1926 einen sogenannten halbständigen Sitz im Rate innegehabt. Dadurch, daß die polnische Regierung auch das Büro ihres ständigen Vertreters beim Völkerbund mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. aufgelöst hat, hat sie ihre geringe Interesse an der Genfer Institution zum Ausdruck gebracht. Doch hat Polen seine Mitgliedschaft beim Völkerbund nicht gekündigt.

Weiße Strümpfe und andere Sorgen

Eine polnische Lehrerin einer deutschen Minderheitsschule in Kattowitz verbot den Kindern ihrer Klasse, die weiße Strümpfe tragen, in Zukunft so bekleidet in die Schule zu kommen. — In Schoppinisch wurde ein junger Mann von zwei Polizeibeamten auf der Straße verhaftet und über Nacht auf der Wache festgehalten. Bei der Freilassung wurde ihm bedeutet, daß das Tragen von weißen Strümpfen in Polen unerwünscht sei. — Im Stadtpark von Larnowisch wurden zwei reichsdeutsche Stu-

denten, als sie sich in deutscher Sprache unterhielten, von 20 jungen Burschen überfallen. Dem einen wurde ein Zahn ausgeschlagen und ein Hieb mit einem Schlagring über den Kopf versetzt; der andere wurde durch einen Messerstich ins Bein leicht verletzt. — In Leschen wurde das dem Baron Potier d'Chelles gewidmete Denkmal, das eine deutsche Aufschrift trug, von unbekanntem Latein zerstückt. — Zwei deutsche Arbeiter, die seit 10 bzw. 14 Jahren in der Färberei „Barwa“ in Moschin beschäftigt waren, wurden mit der Begründung, daß in einem dem Präsidenten der Posenener Industrie- und Handelskammer gehörenden Betriebe nur Polen beschäftigt werden könnten, entlassen. — Vom Bromberger Bezirksgericht wurden 6 Deutsche aus Friedingen zu Gefängnisstrafen bis zu 8 Monaten verurteilt, weil sie ihr Mißfallen darüber zum Ausdruck gebracht hatten, daß der deutsche Lehrer an der Friedinger Volksschule durch einen Polen ersetzt worden war. — Vom Obersten Gerichtshof in Warschau wurden die Urteile im Wanderbundesprozess in vollem Umfang bestätigt. Der Prozeß fand im November 1936 und im Mai 1937 statt. Es wurden insgesamt 59 deutsche Tugens- und Mädels verurteilt, und zwar erhielten 2 Angeklagte je 2½ Jahre, 17 je 1½ Jahre, 6 je 1 Jahr,

8 je 8 Monate und 2 je $\frac{1}{2}$ Jahr Gefängnis, ferner 1 Angeklagter 5 Monate, 3 je 4 Monate und 2 je 2 Monate Haft. Insgesamt wurden also wegen „Geheimbündelei“ 33 deutsche Jungen und Mädels zu 44 Jahren und 7 Monaten Gefängnis und Haft verurteilt. Außerdem wurde gegen 18 Jungen und Mädels im Alter von 14 bis 17 Jahren Ueberweisung in eine Erziehungsanstalt ausgesprochen! Durch den Beschluß des Obersten Gerichtshofes erlangten die Urteile Rechtskraft. — In Königs-hütte wurde ein Deutscher im Gerichtssaal verhaftet und für einen Tag ins Gefängnis überführt, weil er die polnische Sprache nicht ausreichend beherrschte und demgemäß seine Aussagen vor Gericht in deutscher Sprache machte. — In Dirschau wurden 22 deutsche Kinder durch Verfügung der polnischen Schulbehörde vom Besuch der deutschen Privatschule mit der Begründung ausgeschlossen, daß die deutsche Volkszugehörigkeit der Eltern nicht ausreichend nachgewiesen sei. In einem an das Schulkuratorium in Thorn gerichteten Protestschreiben wiesen die von dieser Schikane betroffenen Eltern darauf hin, daß sie sich zum Deutschtum bekennen, nur deutschen Organisationen angehören und sich im Haus ausschließlich der deutschen Sprache bedienen. Sie weigerten sich, ihre Kinder in die polnische Schule zu schicken, und erklärten, lieber die ihnen in Aussicht gestellten Geld- und Gefängnisstrafen auf sich nehmen zu wollen.

Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen

Das am 1. Oktober d. J. in Kraft tretende Gesetz über die Gebietsvereinigung in den preußischen Ostprovinzen ist durch ein kürzlich ergangenes Gesetz dahin abgeändert worden, daß der bisher zur Provinz Brandenburg gehörende Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen der Provinz Pommern zugeteilt wird. Der Regierungsbezirk umfaßt die Kreise Schlochau, Flatow, Schneidemühl-Stadt, Deutsch Krone, Netze-Kreis, Arnswalde, Friedeberg, Dramburg und Neustettin. Mit einer Einwohnerzahl von 470 500 auf einer Gebietsfläche von 11 456 Quadratkilometern ist er der kleinste der drei pommerischen Regierungsbezirke. Er umfaßt 30 v. H. der Fläche und 21 v. H. der Bevölkerung der vergrößerten

Provinz Pommern. Mit einer Gesamtfläche von rund 38 375 Quadratkilometern ist Pommern nach der Angliederung des Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen nach Hannover die zweitgrößte preußische Provinz, die 7 v. H. des Reichsgebietes, aber nur 3 v. H. der Reichsbevölkerung umfaßt. Im Durchschnitt der Provinz entfallen 59 Menschen auf den Quadratkilometer. Der westlichste Regierungsbezirk der Provinz (Stettin) weist mit 81 je Quadratkilometer die größte Bevölkerungsdichte auf. Dagegen sinkt die Bevölkerungsdichte in den beiden östlichen, an Polen grenzenden Regierungsbezirken auf 51 (Köslin) bzw. 41 (Grenzmark Posen-Westpreußen). Bei einem Reichsdurchschnitt von 131 Menschen je Quadratkilometer ist das sehr wenig.

Danzig und das Schicksal der Sudeten-deutschen

Der „Danziger Pressedienst“ schrieb zu der großen Schlussrede des Führers auf dem Parteitag: „Die Danziger wissen aus eigenem Erleben, was es heißt, gegen den Willen vom Mutterland losgerissen zu sein. Der Kampf gegen den Völkerbunds-Kommissar Lester, der im Dienste überstaatlicher Mächte die deutsche Bevölkerung Danzigs um die Verwirklichung ihres nationalsozialistischen Willens bringen wollte, hat sie gelehrt, was es bedeutet, die eigene Art vor fremden Unterdrückungsversuchen zu retten und die rhythmische Uebereinstimmung mit dem Pulsschlag des Dritten Reiches zu erhalten. Sie wissen auch, was es bedeutet, gegen den wirtschaftlichen Druck einer außenstehenden Uebermacht die materielle Existenz zu sichern, ohne den Entnationalisierungstendenzen nachzugeben, die unter dem Vorwand wirtschaftlicher Erfordernisse gegen ihr angestammtes Volkstum gerichtet werden. Die Danziger wissen daher auch, was es bedeutet, mit Optimismus in die Zukunft zu schauen, wenn diese auch noch nicht auf allen Gebieten klar für alle Augen sichtbar ist. Aus eigener Erfahrung wissen die Danziger, daß das Einzelinteresse zurückstehen muß, wenn das Ganze gewinnen soll. Die Macht und das Wiederaufblühen des großen Deutschen Reiches ist ihnen ein sichtbarer Beweis für die Wichtigkeit dieses Grundsatzes. Darum ist es selbstverständlich, daß die entscheidenden Worte des Führers vor Frage der Tschedjo-Glowacki und des Sudetendeutschums in Danzig mit großer Spannung erwartet und die entschlossene von tiefstem Verantwortungs-

bewußtsein und höchstem Ehrgefühl bestimmte Haltung des Führers aller Deutschen mit jubelndem Beifall begrüßt wurde. Danzig hat so oft in den 20 Jahren seiner unfreiwilligen Selbständigkeit vor ersten Situationen gestanden, die das Gespenst eines Krieges auftauchen ließen, seine Bevölkerung hat schon so oft nicht gewußt, was das Morgen ihr bringen würde, ob Befreiung von allen Leiden oder den Verlust des letzten Restes einer Selbstbestimmung, daß die Danziger vielleicht mehr als mancher Deutsche, der wohlgeborgen in den Reichsgrenzen lebt, das Glück empfunden haben, einen Führer über allen Deutschen in der Welt zu wissen, der ihr Schicksal nicht nur klug und geschickt, sondern auch mutig und im Bewußtsein der Ehre seines Volkes in den Händen hält.“

Die PPS zur außenpolitischen Lage

Der Oberste Rat der Polnischen Sozialistischen Partei hat am 27. September auf einer Tagung in Warschau eine Entschließung zur außenpolitischen Lage angenommen, die für die nicht nur in dieser Partei verbreiteten Eindrücke und Auffassungen bezeichnend ist. Es hat darin u. a. geheißen: „Unabhängig davon, wie sich das Schicksal der Tschecho-Slowakei entscheidet, ist es sicher, daß das Dritte Reich in seiner Politik auf ständig sich wiederholende vollendete Tatsachen nicht verzichtet und daß die Sudetenfrage einer der Punkte der konsequent durchgeführten Unterwerfungspläne unter der Losung ‚Ein Reich, Ein Volk, Ein Führer‘ ist. Die Losung der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker, die von den italienischen Faschisten und den Hitlerianern ausgegeben wird, die einerseits die Vernichtung der abessinischen Selbständigkeit und andererseits die beispiellose Unterdrückung von 1½ Millionen Polen im Reich (!) auf dem Gewissen haben, sind nur zynische Ausflüchte, hinter denen sich weitgesteckte imperialistische Absichten verbergen. Diese stellen eine akute Gefahr für den Frieden und auch für die Unteilbarkeit und die Souveränität Polens dar. Daher nehmen die Großmächte, die sich durch ständige Entgegenkommen auf Kosten der Staaten um eine Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich bemühen, eine große Verantwortung auf sich. Ebenso groß ist die Verantwortung aller jener polnischen Kreise, die die Wachsamkeit der polnischen Öffentlichkeit gegenüber der deutschen

Eroberungsfucht einschläfern und gleichzeitig den Zusicherungen des Hitlerismus Glauben schenken. Die Polnische Sozialistische Partei und mit ihr die polnische Arbeiterbevölkerung, die die Forderung nach Befreiung der Polen jenseits der Olsa erheben, vergessen keinen Augenblick ihre bedrückten Brüder in Deutsch-Oberschlesien (!). Das in drei schlesischen Aufständen vergossene Blut stellt ein unzerstörbares Band zwischen polen und dem ganzen Schlesien dar und diese geschichtliche Wahrheit wird die einseitige deutsche Propaganda nicht übertönen, die heuchlerisch für den angeblichen Schutz der Interessen der polnischen Bevölkerung — aber nur in der Tschecho-Slowakei — geführt wird. Gleichzeitig erklärt der Oberste Rat, daß die Frage der Rückkehr des Olsaer Gebietes unmittelbar zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei und ohne Vermittlung anderer Staaten, vor allem Deutschlands und Russlands, geregelt werden muß, denn das Olsagebiet darf kein Anhängsel der Sudetenfrage sein. Gleichzeitig bemerkt der Oberste Rat, daß die Bemühungen der englischen Diplomatie, die Befriedung Europas einer Konferenz zu übertragen, umweigerlich zu einem Biercypal führen muß, der nichts anderes wäre als die Krönung der Bemühungen der englischen Regierungskonservativen, eine Zusammenarbeit mit den Faschisten um den Preis der deutschen Hegemonie über Mitteleuropa und der Unantastbarkeit des derzeitigen englischen Kolonialbesitzes herbeizuführen.“

Einheitliche deutsche Turnbewegung im Memelgebiet

Kürzlich haben sich sämtliche deutschen Turnvereine des Memelgebietes und die Rasensportvereine, der alle Rasensportvereine des Gebietes angehören, aufgelöst und zu einer einheitlichen Organisation, dem Turn- und Sportverband des Memelgebietes, zusammengeschlossen. Der Verband, der 58 Vereine mit 3700 Mitgliedern umfaßt, bildet nunmehr das Rückgrat des deutschen Sportwesens im Memelgebiet. Am 10. und 11. September ist der neue Verband zum ersten Mal mit einer großen Veranstaltung vor die Öffentlichkeit getreten. An dieser Veranstaltung in Memel haben über 1800 aktive Sportler und über 10000 Zuschauer teilgenommen. Die Sportler sind bei ihrem Zug durch die Straßen der Stadt in einheitlicher

Kleidung aufgetreten. Es ist die erste deutsche Großveranstaltung, die das Memelgebiet nach vielen Jahren schwerster Unterdrückung erlebt hat.

Das Haus des Marschalls in Warschau

Im vergangenen Jahre hat die Stadt Magdeburg das Haus, in dem Marschall Pilsudski während des Krieges einige Zeit als Gefangener zugebracht hat, den Polen geschenkt. Das Haus ist abgerissen und nach Warschau transportiert worden, wo es in seiner alten Gestalt wieder aufgebaut worden ist. Es handelt sich um ein 16 Meter langes und 10 Meter breites Gebäude, dessen einzelne Teile, Ziegelsteine, Schieferplatten, Balken usw., sorgfältig verpackt und auf dem Wasserwege nach Warschau gebracht worden sind. Deutsche Architekten und Zeichner haben den Grund- und Lufzriß des Gebäudes in Zeichnungen festgehalten, um einen natur-

getreuen Wiederaufbau zu ermöglichen. Die Stadt Magdeburg hat sich sogar bemüht, die Möbel wieder aufzutreiben, die sich zu der Zeit, als Pilsudski dort gefangen saß, im Haus befanden.

Pole aus Danzig im Sejm

Die in Danzig lebenden polnischen Staatsangehörigen werden sich, wie üblich, an den im November stattfindenden Wahlen stattfindenden Wahlen zu Sejm und Senat beteiligen. Nach dem „Kurjer Baltyski“ besteht die Absicht, eines der Abgeordnetenmandate für den Sejm einem im Gebiete der Freien Stadt Danzig lebenden Polen zu übertragen. Die Polen in Danzig, so schreibt das genannte Blatt, würden sich ohne Unterschied ihrer Staatsangehörigkeit freuen, wenn sie auf diese Weise einen eigenen und mit den Danziger Verhältnissen vertrauten Vertreter im Warschauer Parlament erhielten.

Bücher über den Osten

Der künftige Staat. Ostprobleme der Tschecho-Slowakei. Von Robert Nowak. Mit einem Geleitwort von Karl Haushofer. 12 Karten. Erhard Stallings Verlagshandlung, Oldenburg i. O. 1938. 324 Seiten. Preis kartoniert 5,80 RM., Leinen 6,80 RM. — Das Buch bietet die erste zusammenfassende Uebersicht über die politischen Verhältnisse der Slowakei und Karpathenrusslands. Nowak untersucht die natürlichen, völkischen, konfessionellen, bevölkerungs- und geopolitischen und wehrgeographischen Bedingungen des Ostteils des tschecho-slowakischen Staates. Dann geht er im einzelnen auf die Beziehungen der Tschechen zu den in diesem Staatsteil zusammengereichten Völkern ein. Die slowakische Frage wird in ihrem ganzen Umfang, geschichtlich, ethnographisch und sprachlich, erörtert. Der slowakische und Karpathenrussländische Kampf um die Autonomie wird im Zusammenhang dargestellt. Ausführlich wird auch die tschechisch-madjarische Gegnerschaft in der slowakischen Frage behandelt. Einen breiten Raum nimmt dabei die Darstellung der tschechisch-ungarischen Kriege von 1919 ein. Eindeutig geht aus dem Ganzen hervor, daß die Slowakei und Karpathenrussland nur deshalb mit dem tschechischen Staate vereinigt wurden, um dem Staatsooak bei der Erfüllung der von ihm selber übernommenen Aufgabe, einen Vernichtungskampf gegen das Deutschtum zu führen, eine breitere und gefestigtere Basis zu sichern. Um dieser Aufgabe willen wurde das Lebensrecht der in den Ostteil dieses Staates hineingezwungenen Völker und Volksgruppen mit Füßen getreten, wurden die Zulagen, mit denen die Tschechen die Slowaken und Karpathenrussländer in ihren Staat

hingelockt hatten, gebrochen und wurde die völkische Eigenständigkeit der Slowaken gelugnet. Wie in den Sudetenländern, so wurde die tschechische Herrschaft auch in den Karpathenländern auf Betrug und Gewalt gegründet. Es war von vornherein klar, daß dieses Fundament nicht von langer Dauer sein konnte.

Dr. K.

Die tschecho-slowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920. Im Auftrag des Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin, herausgegeben von Hermann Kaschhofer. Carl Heymann Verlag, Berlin 1938. 2. ergänzte Auflage. 377 Seiten. Preis 6,— RM. — Der vorliegende Band enthält die der Pariser Diktatorkonferenz von der tschechischen Friedensdelegation überreichten Denkschriften in französischem Originaltext und in deutscher Uebersetzung. Besser als aus irgendwelchen anderen Dokumenten tritt einem in diesen von Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen strotzenden Memoires der tschechische Volkscharakter und der fanatische Haß, der das Tschechentum gegen alles Deutsche und Madjarische befeuert, in unverhüllter Kraft entgegen. Sie stellen ein Gemisch von verlogener Humanitätsphilosophie und maßloser Rachsucht dar. Man muß sich in die Einzelheiten dieser Memoires vertiefen, deren Darlegungen der tschechische Vielvölkerstaat die Geburtsstätte der Westmächte verdankt, um die Gerechtigkeit des Schicksals, das sich heute, 20 Jahre später, an diesem staatlichen Gebilde vollzieht, zu begreifen.

Dr. K.

Böhmen und das Reich. Die deutsch-tschechische Frage. Von Rudolf Jung. Heft

36 der Schriften der Hochschule für Politik. Verlag Junker und Dammhaupt, Berlin 1938. 36 Seiten. Preis 0,80 RM. — Die vorliegende Schrift, die auf einem im Mai d. J. gehaltenen Vortrag fußt, enthält diejenigen Tatsachen über das geschichtliche und gegenwärtige Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen, die in einer Zeit, in der dieses Verhältnis zum europäischen Zentralproblem geworden ist, eigentlich jedem Deutschen geläufig sein sollte. Von der politischen Ideologie und den Wunschträumen der tschechischen Machtpolitik ist in dieser Schrift die Rede, von den tschechischen Memoranden der Jahre 1919/20, von den in der Geschichte mehrfach wiederkehrenden Versuchen der Tschechen, im Bündnis mit der fremden Welt des Ostens die Geschlossenheit des Deutschtums in Mitteleuropa gewaltsam zu sprengen, von den tschechischen Geschichtstendenzen und dem „böhmischen Staaterecht“, von den allslawischen Bestrebungen der Tschechen und vom jüdetendenden Kampf um die Befreiung und vom Prager Zentralismus. Knappheit und Klarheit sind die Vorzüge der Schrift des bekannten jüdetendenden Politikers. Dr. K.

Das Schlesienbuch. Ein Zeugnis ostdeutschen Schicksals. Von Friedrich Heiß. Volk und Reich Verlag, Berlin 1938. 448 Seiten mit mehreren hundert Bildern. Preis 12,50 RM. — In langwieriger Arbeit ist unter Mitwirkung zahlreicher Sachkenner und hervorragender Lichtbildner ein Text- und Bildwerk eines ostdeutschen Grenzlandes zustande gekommen, wie es in dieser Art wohl einzig da steht. Das Buch gliedert sich im wesentlichen in drei große Teile: Land und Leute, Schlesien in der deutschen Geschichte und Schlesiens Arbeit. Auf alle wesentlichen historischen und gegenwartspolitischen, wirtschaftlichen und geistesgeschichtlichen, volks- und bevölkerungspolitischen und landeskundlichen Fragen Schlesiens wird in diesem hervorragenden Werk eine sachkundige Antwort gegeben. Von den Beiträgen seien nur einige, die ein besonderes politisches Interesse beanspruchen können, erwähnt: Fritz Aelt schreibt über die rassistische Struktur Schlesiens, Georg Langer über die Prägung des ober-schlesischen Menschen und Wilhelm Mal über die Sprache des Oberschlesiens. Erika Schroeder berichtet über den Einbruch der nationalpolnischen Propaganda in Schlesien, Heinz Rogmann über den Kampf um Oberschlesien in den Diktatoverhandlungen und General von Hülsen über den dritten polnischen Aufstand. Julius Metz spricht über die schlesische Arbeiterbewegung, Kurt Holze über die Lage der schlesischen Landwirtschaft und Günther Grundmann über die Volkskunst und das Volkshandwerk in Schlesien. Die Bilder gliedern sich in folgende Gruppen: Schlesiens Landschaft, das Gesicht des schlesischen Menschen, Schlesien im Dritten Reich und Schlesiens Arbeit. Bekannte Lichtbildner haben an der Zusammenstellung des Bildteils mitgewirkt. Ueber 60 Kartenschnitten erleichtern das Verständnis der Textbeiträge. Der Volk und Reich Verlag hat dem deutschen Grenzland

Schlesien durch dieses Werk einen unerschöpfbaren Dienst erwiesen und sich selbst alle Ehre gemacht. Dr. K.

Polen in Zahlen. Bearbeitet von Alfred Fieer. Selbstverlag des Instituts für Ost-europäische Wirtschaft, Königberg/Pr. 1938. 50 Seiten, 1 Karte. Preis 1,— RM. — Wer sich rasch über Land und Bevölkerung, Wirtschaft und Kultur Polens orientieren will, findet in dieser Veröffentlichung des Königsberger Instituts eine Zusammenfassung des wichtigsten einschlägigen statistischen Materials. Die Darstellung des Materials ist summarisch. Das Material ist fast durchweg amtlichen statistischen Quellen entnommen. Bei seiner Benützung ist also, worauf auch im Vorwort ausdrücklich aufmerksam gemacht wird, äußerste Vorsicht geboten, so besonders hinsichtlich der Volkstumszahlen. Das Material ist in folgende Gruppen gegliedert: Bevölkerung und Gebiet, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, Preise, Löhne und Abfall, Außenhandel, Verkehr, Geld- und Kreditwesen, Öffentliche Finanzwirtschaft, Bildung und Unterricht, Wehrmacht und Presse. Als reines Tabellenwerk stellt die vorliegende Arbeit eine Ergänzung zu dem von demselben Institut bearbeiteten und herausgegebenen Text- und Kartenwerk „Polen und seine Wirtschaft“ dar. Dr. K.

Ostfront. Ein Denkmal des deutschen Kampfes in Bildern und Lagebuchblättern. Von Ludwig Dettmann. Deutscher Verlag, Berlin 1938. 160 Seiten mit 22 Zeichnungen im Text und 32 farbigen Tafeln. Preis Kart. 6,80 RM., Leinen 7,80 RM. — Ludwig Dettmann wurde vom Großen Generalstab als Kriegsmaler an die Ostfront gerufen mit dem Auftrag, das große Geschehen in künstlerischen Dokumenten festzuhalten. Er begleitete die kämpfenden Truppen durch Ostpreußen und Rußland. Truppen auf dem Marsch, brennende Dörfer, stürmende Infanterie, feuernde Haubitzen, mühsam durch grundlose Wege vorgehende Kolonnen, Offiziere am Kartentisch, vortreffliche Batterien, das Leben und Sterben der Front hielt der Maler in seinen Bildern und Zeichnungen fest. Das zweifache Rot des Krieges, das dunkle Rot des Blutes und das leuchtende der freisenden Brände, wurde in seinen Bildern lebendig. In den Lagebuchblättern legte Dettmann seine persönlichen Eindrücke nieder. Sie lassen den guten Beobachter erkennen, der inmitten der großen Ereignisse auch die Kleinigkeiten, die ihm am Wege begegnen, nicht übersehen. Dr. K.

Wolter von Plettenberg. Deutschordensmeister von Livland. Von Hans Friedrich Blund. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1938. 284 Seiten. Preis Leinen 5,80 RM. — In diesem Roman hat Blund einen Abschnitt der deutschen Geschichte behandelt, der mit besonderer Klarheit das Verdienst der Deutschen hervorheben läßt, die kleinen baltischen Völker vor der Ueberschwemmung und Ausrottung durch die zerstörenden Gewalten, die aus der drohenden Weite des russischen Raumes

muner wieder gegen die Grenzen Europas an-
gegraben sind, gerettet zu haben. Diese Zeit hat
in der Gestalt des Deutschordensmeisters in Liv-
land, Wolters von Plettenberg, den unbefiegten
Grenzwächter der abendländischen Welt ge-
funden. Von allen Fremden verlassen und von
allen Bundesgenossen verraten, steht das deutsche
Ordensland Livland, in dem Wolter von Pletten-
berg die jahrhundertalten Fehden zwischen dem
Orden, der bischöflichen Gewalt und den Städten
zum Schweigen gebracht hat, der erdrückenden
Macht Ivana des Schrecklichen gegenüber, der
das Tatarenjoch brach und Litauen schlug, der
das gewaltige Rougard in die Knie zwang und
vor dem Polen erbebt. Die Schlacht von Ple-
skau, in der die gepanzerten Ritter des Ordens,
die tapferen Landsknechte aus Deutschland, die
streitlustigen Mäuser der deutschen Städte und,
als Hilfstruppen, die der deutschen Herrschaft
treu ergebene Bauern die zehnfache Ueber-
macht des Jaren zersprengen, ist eine der großen
Schicksalskämpfe der ostpreussischen Geschichte
gewesen. Wolter von Plettenberg, zu dem die
Brüder des Ordens, die deutschen Bürger der
Städte und die fremdstämmigen Bauern wie zu
einem von Gott Befehlenden aufblicken, ist der
deutsche Fels, an dem die Sturmflut des Ostens
zerbricht. Es ist ein Bild von dramatischer
Wucht, das Blut in seinem Roman gezeichnet
hat. In das große geschichtliche Geschehen hat
er die Züge des persönlichen Erlebens des
Ordensmeisters gezeichnet. Eine neue Zeit, die
die alten Bindungen, in denen die Brüder des
Ordens leben, auflösen beginnt, sendet, von
Wittenberg ausgehend, ihre Vorboten in den
großen Kampf um die Deutscherhaltung Liv-
lands hinein. Sie tritt auch an den Meister
heran, dem sie den Weg zur Herzogwürde und
zu einer Frau zu ebener verpflichtet. Aber Wolter
von Plettenberg versagt sich den Gedanken der

neuen Zeit, nicht weil er ihnen feindlich gegen-
übersteht, sondern weil er, an den strengen
Regeln des Ordens, die jedes persönliche Leben
auszuschalten, festhaltend, seinem geschichtlichen
Auftrage besser gerecht zu werden hofft. So
verbinden sich geschichtliche und persönliche Größe
in der Gestalt dieses Meisters, deren Bedeutung
Blut dem deutschen Volke nahe zu bringen
vermocht hat. Dr. K.

Die Mutter. Roman von Ottfried
Graf Finckenstein. Eugen Diederichs
Verlag, Jena 1938. 300 Seiten. Preis Kart.
4.— N.M. Leinen 5,40 N.M. — Der ost-
preussische Schriftsteller hat in diesem Roman
erneut seine reife Kunst der Menschenbild-
erung bewiesen. Er erzählt die Geschichte einer
Frau, die an der Seite ihres Mannes, eines
Arztes in einer kleinen ostpreussischen Stadt,
Glück und Erfüllung gefunden hat und nach
dessen plötzlichem Tode mit ihren Kindern zurück-
bleibt. Im Wirbel der Inflation geraten die
gewohnten Lebensformen und bis dahin fest
erscheinenden Charaktere ins Gleiten. In dieser
aus den Fugen brechenden Welt hat die Frau,
die mit dem Tode ihr Glück und ihren Rück-
halt verloren hat, ihren neuen Platz zu suchen.
Sie findet ihn nicht in der Verbindung mit
einem anderen Manne, der ihr ein sorgenfreies
Leben zu bieten hat, sondern als Mutter ihrer
fünf Kinder, um derenwillen sie die Mühsal
und Entsagung des Alleinlebens auf sich nimmt.
Sie lebt für die Zukunft ihrer Kinder und, in-
dem sie ganz in ihnen aufgeht, lebt sie zugleich
in der Erinnerung an die Vergangenheit. Ihre
Glück sind die Kinder, ihren Frieden aber findet
sie in der Erinnerung. Das Opfer, das sie
bringt, gibt ihr die innere Ordnung zurück, die
sie nach dem Tode des Mannes zu verlieren
schien. Dr. K.

Verlag Dr. Friedrich Cömer, Berlin SW 61, Lentzepl. 2-3. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto
Rebel, Berlin-Friedenau, Jäger. 2. — Druck: Westring-Druckerei GmbH, Berlin-Lichtenrade, Roloffstr. 7. —
Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Haupt, Hiltensau b. Berlin. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezug Viertel-
jährlich RM. 0,50. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,65 Postgebühr. — Anzeigenpreise für 4. — J. B. W. g. —
Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Chöre, Berlin W 30, Woppe 66 (Fernruf 25 09 14) zu richten.

Wolf Herrmann, Inh.: Walther Schoenberg
Berlin-Charlottenburg 4, Leibnizstraße 60
Gegründet 1877. Telefon: C 2, Charlottenburg 1848—51
Telegr.-Adr.: Forstbetrieb

**Schwellen, Masten und
Stangen, Schnittmaterial**

**Kampf
dem Verderb!**

E. Baensch jun. A.G., Magdeburg

Graphischer Großbetrieb und Verlag
Buch-, Stein-, Offset- u. Kupfertiefdruck · Großbuchbinderei

Ansichtspostkarten, Künstler-
postkarten in farbig Offset-
u. Tiefdruck / Gratul.-Post-
karten für alle Gelegenheiten
Bitte verlangen Sie Muster
und unverbindliches Angebot